

Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik e.V.

**20
Jahre**

BAG mädchenpolitik



17/2019

Schriftenreihe zur Mädchen*arbeit und Mädchen*politik
20 Jahre – BAG Mädchenpolitik
Feministisch • aktiv • für Mädchen*
und junge Frauen*

Das 20 jährige Jubiläum und das ehrenamtliche Engagement der BAG Mädchenpolitik wird mit einer Jubiläumsveranstaltung am 27. Juni 2019 in Berlin gewürdigt.

IMPRESSUM

BAG Mädchenpolitik e.V.
Rheinstraße 45–46
12161 Berlin

Verantwortlich i.S.d.P.: Vorstand der BAG Mädchenpolitik e.V.

Redaktion: Ursula Grzeschke, Vorstand der BAG Mädchenpolitik

Gestaltung: designbüro drillich, Bremen

Die Verantwortung für die einzelnen Beiträge liegt bei den Autorinnen*.

Schriftenreihe zur Mädchen*arbeit und Mädchen*politik Nr. 17
ISSN 1868-9655

Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans.

Inhalt

20 Jahre – BAG Mädchenpolitik Feministisch • aktiv • für Mädchen* und junge Frauen*

Vorwort	4
Grußwort Prof. Dr. Rita Süßmuth	6
Grußwort Prof. Dr. Maria Bitzan	8
Grußwort Christoph Grote	10
<i>Dr.in Claudia Wallner</i> BAG Mädchenpolitik: 20 Jahre und kein bisschen leise	12
<i>Irena Schunke</i> Von der Mädchenarbeit zur Mädchen*arbeit!	22
<i>Prof. Dr. Claudia Daigler</i> Prekäre Lebenslagen von jungen Frauen	33
<i>Prof. Dr. Christiane Leidinger</i> Anschlussfähig – eine antifeministische Kampagne zu Gewalt gegen Frauen von extrem rechts	39

Vorwort



Am 9.11.1999 wurde die Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik in Dresden von 14 Expertinnen der Mädchenarbeit aus den alten und neuen Bundesländern als Verein gegründet. Sie setzt sich jetzt seit 20 Jahren für die Förderung von Mädchen* und jungen Frauen* in der Bundesrepublik Deutschland ein. Und dies alles auf ehrenamtlicher Basis!

20 Jahre Mädchen*politik heißt: Lautes Einmischen für die Belange von Mädchen, kein Daherkommen auf leisen Sohlen – wie die Gründungsfrau Dr.ⁱⁿ Claudia Wallner in ihrer historischen Rückschau schreibt.

Die BAG Mädchenpolitik nahm und nimmt noch heute die vielfältigen Lebenswirklichkeiten von Mädchen* und jungen Frauen* in den Blick. Sie vernetzt Fachfrauen*, gestaltet die Kinder- und Jugendhilfe mit, setzt fachpolitische Impulse, treibt die Verbindung von Theorie und Praxis voran und macht Politikerinnen* auf Bedarfe und Notwendigkeiten in der Mädchen*arbeit aufmerksam. Erfolgreich praktiziert wird seit zwei Jahrzehnten die bundesweite Vertretung von vierundzwanzig Landeszusammenschlüssen der Mädchen*arbeit/-politik, sieben bundesweiten Trägern und Einzelexpertinnen*.

Heute – einhundert Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts, nach zwanzig Jahren Gender Mainstreaming und zwanzig Jahren aktiver Mädchen*politik und Mädchen*arbeit der BAG – ist eine geschlechtergerechte Lebenswelt für Mädchen* und junge Frauen* noch immer keine Selbstverständlichkeit. Ungleiche Chancen und ungleiche Behandlung sind Unrecht und genau wie sexualisierte Gewalt immer noch Alltag im Leben vieler Mädchen*. Rechter Hass bekämpft feministisch denkende und handelnde Frauen*, Aktivistinnen* und Wissenschaftlerinnen* wie Prof. Dr. Christine Leidiger schreibt und erfahren muss.

Auch im Jahr 2019 brauchen wir spezifische Unterstützung für Mädchen*. Wichtig bzw. notwendig sind weiterhin Frei- und Schutzräume, wie sie die Mädchen*arbeit seit dem 6. Jugendbericht der frühen 80er Jahre gefordert und gestaltet hat. Nur so ist vielen Mädchen* auch hier und heute der Weg in ein selbstbestimmtes Leben möglich. Im Besonderen brauchen wir heute – ganz im Sinne von Prof. Dr. Claudia Daigler – wieder mehr Aufmerksamkeit für prekäre Lebenslagen von Mädchen* und jungen Frauen*.

Fachkräfte sollten befähigt sein, verdeckte Benachteiligungsstrukturen und Ungleichbehandlungen zu erkennen und zu analysieren. Die Reflexion struktureller Benachteiligung von Mädchen* und Frauen* lässt nicht nur bei vielen Fachkräften in der sozialen Arbeit zu wünschen übrig. Auch die institutionelle Benachteiligung in der Jugendhilfe entlang der Kategorie Geschlecht ist weiterhin verdeckt und wirkmächtig.

20 Jahre BAG Mädchenpolitik – und noch viele Jahre mehr werden nötig sein, bis wir die Geschlechtergerechtigkeit von Mädchen* und Jungen* erreicht haben.

Unsere Botschaft an Mädchen* und junge Frauen* lautet: Nehmt eure Möglichkeiten und eure Rechte in Anspruch und kämpft für eine demokratische Gleichberechtigung!¹

Unsere Forderung an die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft ist, dass die vorhandenen Gesetze zur Gewährleistung von Gleichberechtigung endlich umgesetzt werden. Darüber hinaus sollte – nach 20 erfolgreichen Jahren – der ehrenamtliche Status der BAG Mädchenpolitik als bundesweite Vertretung von Fachkräften in der Mädchen*arbeit endlich durch eine staatliche Finanzierung gesichert werden.

Die BAG Mädchenpolitik braucht eine staatlich finanzierte Geschäftsführung!

*Ursula Grzeschke, Hannelore Güntner, Jana Herrmann,
Kerstin Schachtsiek, Christine Schubart*

Vorstand der BAG Mädchenpolitik

¹ Hanne Güntner, Videobotschaft, www.maedchenpolitik.de

Grußwort

2019 ist für Frauen ein historisch besonders bedeutsames Jahr: 100 Jahre Frauenwahlrecht und damit das aktive und passive Wahlrecht für Frauen in Deutschland. Im vergangenen Jahr haben wir – 50 Jahre nach 1968 – den Beginn der zweiten deutschen Frauenbewegung gefeiert und damit einen weiteren Meilenstein, den Frauen auf dem Weg zur Gleichberechtigung überwunden haben. Beiden Ereignissen ist gemein, dass sie erwachsene Frauen und ihre Rechte, Freiheiten und Ansprüche im Visier hatten. Mädchen – und das meint Kinder und Jugendliche weiblichen Geschlechts – waren und sind kaum gemeint und adressiert in den Kämpfen von Frauen und Frauenbewegung um Gleichstellung und die Anerkennung von Frauen als gleichwertige Menschen. Selbst im Deutschen Frauenrat gab es bis vor einigen Jahren keine einzige Organisation, die die Belange von Mädchen vertritt, als Mitglied.

Mädchen aber sind der weibliche Teil der Zukunft. Sie sind die Frauen von morgen und wir müssen uns auch gleichstellungspolitisch so früh wie möglich um sie kümmern, für ihre Rechte und Belange einstehen und sie unterstützen, damit sie zu Frauen heranwachsen, die selbstbewusst, sicher und gleichberechtigt in unserer Gesellschaft leben können. Diese Aufgabe hat sich die Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik auf die Fahnen geschrieben, die vor 20 Jahren in Dresden gegründet wurde, ein weiteres wichtiges Jubiläum in diesem Jahr also.

Die BAG Mädchenpolitik vereint bundesweit Träger, Organisationen und Fachkräfte, die sich für Mädchen und junge Frauen einsetzen. Sie ist politisch wirksam und versucht insbesondere in der Kinder- und Jugendhilfe, die Bedingungen für Mädchen und junge Frauen zu verbessern und zur Gleichberechtigung beizutragen. Auch ist die BAG Mädchenpolitik nun seit ein paar Jahren



Foto 2013 Jan Voith

die erste Organisation, die Mädchen und ihre Anliegen im Deutschen Frauenrat vertritt.

Mädchen brauchen auch heute noch eine Lobby: sie fühlen sich oftmals gleichberechtigt. Trotzdem sind sie mit vielen Barrieren und Problemen konfrontiert, weil sie Mädchen/Frauen sind: ob Berufswahl, Einkommen, spätere Rente, Gewalt, Sexismus, Körper, Carearbeit – in all diesen Bereichen besteht noch lange keine Gleichberechtigung. Und es gibt viele Mädchen, die gesellschaftlich ausgegrenzt sind, weil sie in Armut leben, einen sichtbaren Migrationshintergrund haben oder ein körperliches, psychisches oder geistiges Handicap. Deshalb freue ich mich, dass es Frauen und dass es Organisationen gibt, die sich seit vielen Jahren um die Belange von Mädchen und jungen Frauen kümmern und Politik immer wieder fordern, mehr Gleichberechtigung herzustellen.

Ich möchte der BAG Mädchenpolitik für ihr Engagement in den letzten 20 Jahren danken und ihr weiterhin Erfolg und Durchhaltevermögen für ihren Einsatz für Mädchen und junge Frauen wünschen. Und ich möchte die Forderung der BAG Mädchenpolitik unterstützen, dass sie nach 20 Jahren ehrenamtlicher Tätigkeit endlich eine Regelfinanzierung aus Bundesmitteln erhält, damit weibliche Arbeit nicht länger und immer wieder ehrenamtliche Arbeit bedeutet.

Prof. Dr. Rita Süßmuth
Bundestagspräsidentin a.D.

Grußwort

Die BAG Mädchenpolitik wird 20 Meine allerherzlichsten Glückwünsche!

Glückwünsche, dass die Frauen der BAG es geschafft haben, 20 Jahre den langen Atem aufrechtzuerhalten, 20 Jahre lang zu kämpfen für eine Struktur der überregionalen Vernetzung und politischen Einflussnahme, ohne auch nur jemals eine institutionelle Förderung dafür zu erhalten.

Glückwünsche, dass es gelungen ist, mit der und über die BAG äußerst interessante und wirkungsvolle Projekte der Mädchen*Arbeit ins Leben zu rufen! Glückwünsche dafür, dass mit den jährlichen Tagungen und mit der Schriftenreihe immer wieder brisante und zentrale Themen der geschlechterreflexiven Arbeit aufgegriffen, Anstöße gegeben und Impulse für die Vernetzung von Praxis, Forschenden und Trägern bereitgestellt wurden.

Ausgehend von der mädchenpolitischen Aufbruchphase der 90er Jahre und den sich etablierenden Landesarbeitsgemeinschaften wurde die Vernetzung der Mädchenpolitik auf Bundesebene zwingend. Aktive Frauen aus den Bundesländern füllten diese Vernetzung über all die Jahre immer wieder neu mit Leben – auch im Durchgang durch so manche Krisen ...

Die Anforderungen bleiben einerseits gleich: Mädchen* und junge Frauen* in den politischen Diskurs bringen, die fachliche Arbeit mit ihnen reflektieren und vernetzen und sich ehrenamtlich den Rücken stärken. Die Rahmenbedingungen hierfür sind nicht besser geworden: keine strukturelle Förderung. Aber auch inhaltlich ist der MainstreamDiskurs über Mädchenbelange mit der PseudoModernisierung hinweggegangen: Durch die Rede von weiblicher Freiheit und (angeblicher) Gleichberechtigung wird paradoxerweise das allgemeine Zurückweichen (emanzipatorischer) Geschlechterpolitik abgesichert. Umso dringender wird es heute wieder, widersprüchliche Anforderungen und Bewältigungserfahrungen in der Öffentlichkeit sprechbar zu machen.



Die Anforderungen erscheinen andererseits stark verändert: Es geht nicht mehr, mit binären Geschlechterkonstrukten Politik zu machen. Die Politisierung von Diversität, Vielfalt der Geschlechter, (Körper)Identitäten und Heteronormativität verlangt, Mädchenpolitik zu denken als Politisierung geschlechtlicher Benachteiligungen aller Art und in Bündnissen zusammen mit LSBTTIQ-Netzwerken Fachlichkeit weiter zu entwickeln.

Das Verdienst der BAG sehe ich – als langjährig verbundene Wissenschaftlerin – auch darin, sich den neuen Diskursen zu stellen, ohne die alten Traditionslinien aus den Augen zu verlieren. Es ist für die aktuellen Diskurse hilfreich, sich auf frühe politische Mädchenarbeit zu beziehen, die immer schon intersektional, bezogen auf Diversität und auf Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen emanzipatorischen Gruppen und parteilich war.

Zum Feiern gehören auch die guten Wünsche nach vorne: Möge es nach 20 Jahren Durchhaltevermögen endlich doch einmal zu einer strukturellen Förderung reichen, mögen immer wieder neue junge Frauen* ihren Weg in die Mädchenpolitik finden und schaffen wir es gemeinsam, der Retraditionalisierung und dem zunehmend gefährlicher werdenden Antigenderismus unsere Analysen und Praxiskraft entgegenzustellen und den öffentlichen Geschlechterdiskurs nicht aus der Hand zu geben ...

Prof. Dr. Maria Bitzan

Hochschule Esslingen und Genderforschungsinstitut tifs e.V,
Tübingen

Grußwort

Jungen*arbeit meets Mädchen*politik



Vorstand der BAG Jungen*arbeit, März 2019

Als sich vor 10 Jahren zwei Dutzend Fachkräfte der Jungen*arbeit in Deutschland getroffen haben, um die Gründung der Bundesarbeitsgemeinschaft vorzubereiten, bestand die BAG Mädchenpolitik bereits ein Jahrzehnt.

Diese Situation spiegelt die Geschichte geschlechterbezogener Politik und Bildung in Deutschland wider. Ursprung ist das vorherrschende Geschlechterverhältnis, welches noch immer eine Höherbewertung und Privilegierung von Männlichkeiten aufweist. In unserer Gesellschaft werden an alle Geschlechter Anforderungen gestellt, die Verhalten, Vorlieben und Inszenierungen betreffen. Dadurch, dass in der Regel Männer oder sog. männliche Eigenschaften aufgewertet und alle anderen Geschlechter und sog. weibliche Verhaltensweisen abgewertet werden, muss Geschlechtergerechtigkeit besonders gegen Antifeminismus erreicht werden.

Eine Triebfeder der BAG Jungen*arbeit ist es, diese Form sozialer Ungleichheit gemeinsam mit den Kolleginnen der Mädchen*arbeit und -politik zu bekämpfen. Zugleich werden auch Anforderungen an Jungen und Männer bezüglich ihrer Männlichkeit gestellt. Das Dogma der Risikofreudigkeit oder das Nicht-Spüren eigener und fremder Grenzen führt zu einer verkürzten Lebenserwartung und zu einer Verarmung der Gefühlswahrnehmungen; die Leugnung von Gefühlen, Schwäche oder eigener Hilfebedürftigkeit sind weitere Einschränkungen, die eine (selbst)kritische und gezielte Jungen*arbeit notwendig machen.

An der Seite der Kolleginnen aus der Mädchen*arbeit hat die Jungen*arbeit in den letzten Jahren mit den gemeinsamen Bundes-Projekten »fair play« und »meinTestgelände« gezeigt, dass eine antisexistische Haltung in der

Geschlechterpädagogik eine parteiliche Mädchen*arbeit ergänzt und deutliche Impulse in Richtung Gleichstellung und Geschlechterdemokratie setzt.

Wir gratulieren der BAG Mädchenpolitik herzlich zu ihrem 20jährigem Bestehen und ihrem Einsatz für die Belange und die Förderung von Mädchen* und jungen Frauen* in Deutschland, setzen uns weiterhin für eine gemeinsame bundesweite Fachstelle ein und arbeiten gemeinsam im Feld der Diversität für die Bewusstheit der Geschlechtervielfalt.

Christoph Grote

Vorstand der BAG Jungen*arbeit e.V.

Dr.ⁱⁿ Claudia Wallner BAG Mädchenpolitik: 20 Jahre und kein bisschen leise



Wie alles begann

Kurz nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten begann die Hochzeit der Förderung von Mädchenarbeit^[1] im vereinten Deutschland: der damals noch Bundesjugendplan (heute Kinder- und Jugendplan) genannte Fördertopf des Jugendministeriums eröffnete einen Förderbereich Mädchenarbeit und befüllte das Programm mit jährlich 5 Millionen D-Mark. Das Ministerium entwickelte ein ausgeklügeltes Verteilungssystem:

- die Hälfte der Mittel wurde quotiert für den Aufbau von Mädchenarbeit in den neuen Bundesländern
- gefördert wurden Verbände und autonome Mädchenarbeit
- die Verbände erhielten auf Bundesebene Koordinierungsstellen zum Aufbau ihrer Mädchenarbeit, eine weitere Bundesstelle wurde autonom (nicht verbandsgebunden) vergeben
- die Verbände vergaben ihre Gelder in eigener Regie an Mädchenprojekte, die sich jeweils bei ihrem Träger darauf bewerben konnten
- autonome und feministische Projekte wurden daneben direkt gefördert und mehrmals jährlich vom Ministerium zu Austauschtreffen eingeladen
- mehrere wissenschaftliche Begleitungen wurden beauftragt, um den Ausbau der Mädchenarbeit und die Wirkung des Programms auszuwerten
- die Förderphase betrug sensationelle fünf Jahre: in den alten Bundesländern konnten bis zu 100% der Kosten beantragt werden, in den neuen Bundesländern wurden insbesondere Personalkosten nicht voll finanziert, weil in den ersten Jahren der Wiedervereinigung über die Bundesagentur für Arbeit diverse Programme Arbeitsplätze förderten – diese Förderungen mussten einbezogen werden.

Insbesondere durch die bundesweiten Koordinierungsstellen entwickelte sich erstmals eine Vernetzung von Mädchenarbeit auf Bundesebene, über Trägerstrukturen hinaus und zwischen verbandlicher und autonomer Mädchenarbeit. Das Mädchenprogramm trug nicht nur zum Auf- und Ausbau von Mädchenarbeit bei (so wurden bspw. erste Mädchenhäuser gefördert), es förderte darüber hinaus die politische Interessensvertretung von Mädchenarbeit durch die Förderung der bundesweiten Strukturen durch Mädchenbeauftragte.

In der zweiten Förderphase, die nur noch auf drei Jahre begrenzt und im Umfang deutlich reduziert war, strich der Bund eben diese Koordinierungsstellen. Damit brach die bundesweite Vernetzung und Vertretung von Mädchenarbeit wieder in sich zusammen. Das war der Auslöser dafür, dass Vertreterinnen der Mädchenarbeit beschlossen, die bundesweite Vernetzung selbst in die Hand zu nehmen und eine eigene autonome Struktur zu entwickeln.

1999: die Gründung der BAG Mädchenpolitik e.V.

Der Zusammenschluss der durch das Mädchenprogramm geförderten Mädchenbeauftragten hatte in den 1990er Jahren die Mädchenarbeit sehr gestärkt, ebenso der Aufbau der Landesarbeitsgemeinschaften in drei Bundesländern. Dass das Bundesjugendministerium in der zweiten Förderphase entschied, diese Bundesstrukturen nicht weiter zu fördern, war ein schwerer Schlag für den Ausbau, aber auch für die Qualitätsentwicklung und -sicherung von Mädchenarbeit. Die millionenschwere Förderung von Mädchenarbeit über viele Jahre und der Aufbau von Landesstrukturen führten dazu, dass Quantität und Qualität erheblich ausgebaut wurden und ein kollektives Selbstbewusstsein

entwickelt werden konnte. Auf dieser neuen Basis beschlossen ca. 20 Frauen, zu denen auch einige eben jener bis 1996 geförderten Mädchenbeauftragten gehörten, dass die Vernetzung von Mädchenarbeit auf Bundesebene weiter gehen muss. Nach mehreren Vortreffen kamen dann im November 1999 vierzehn Frauen für zwei Tage in Dresden zusammen, um einen Verein zur bundesweiten Vernetzung von Mädchenarbeit zu gründen. Dass die erfolgreiche Vernetzung auf Bundesebene durch den Entzug der Förderung gleich wieder zusammen brechen sollte, konnten und wollten wir nicht akzeptieren.

In einem kleinen Bildungshaus nahe des »blauen Wunders« in Dresden wurde am 9.11.1999 von 14 Frauen die BAG Mädchenpolitik gegründet, darunter drei Frauen aus den neuen Bundesländern. Finanziert war die Gründungsversammlung nicht. Um die Kosten möglichst niedrig für die Frauen zu halten, wurde in Schlafsälen übernachtet und sich in einer Gemeinschaftsdusche gewaschen, was beides nicht für alle spaßig war, aber dem Status Quo der Mädchenarbeit nach Beendigung der Bundesförderung entsprach. Aber die Nähe zum »blauen Wunder«, einer der bekanntesten Brücken Dresdens und die familiäre Atmosphäre des kleinen Bildungshauses gaben der Gründung die nötige Feierlichkeit.

Wohin BAG Mädchenpolitik?

Dass es eine Bundesarbeitsgemeinschaft mit der Rechtsform eines gemeinnützigen Vereins werden sollte, war schnell Konsens unter den Gründerinnen, denn die Autonomie der Mitglieder sollte weit möglichst erhalten bleiben. Ausführlich diskutiert wurde dagegen, ob die BAG sich explizit feministisch positionieren sollte: weil nicht alle Gründungsfrauen sich selbst als Feministinnen verstanden und wegen der Frage, ob eine offensiv feministische Ausrichtung erschweren würde, mit Politik oder Fördergeber*innen ins Gespräch zu kommen. Ebenso umfangreich waren die Diskussionen darüber, ob die BAG sich Mädchenarbeit oder Mädchenpolitik nennen sollte. Eine BAG Mädchenarbeit ohne feministische Ausrichtung hätte eine deutlich weniger politische Ausrichtung als eine feministische BAG Mädchenpolitik. Am Ende einigten die Gründungsfrauen sich auf die politische Variante einer BAG Mädchenpolitik mit feministischer Ausrichtung und der strukturellen Stärkung der sich entwickelnden autonomen Vernetzungsstrukturen auf Länderebene: die LAGs erhielten deutlich mehr Stimmrechte als Bundesverbände oder Fachfrauen, die ebenfalls Mitglied werden konnten.



Ziele und Anliegen

Die BAG Mädchenpolitik sollte auf unterschiedlichen Ebenen wirksam werden. Sie sollte die vielfältigen Lebenswirklichkeiten von Mädchen und jungen Frauen in den Blick nehmen, Politik mitgestalten, insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, fachpolitische Impulse setzen, die Vernetzung von Theorie und Praxis voran treiben und Politik beraten.

Die BAG Mädchenpolitik wollte sich einsetzen für:

- gleiche Rechte für Mädchen und Jungen
- Schutz vor allen Formen von Gewalt
- Gleichwertige und gleichberechtigte Lebensbedingungen aller Menschen
- Erhalt einer eigenständigen Mädchenpolitik
- Erhalt und Ausbau von Maßnahmen und Angeboten für Mädchen und junge Frauen.

20 Jahre später

Zwei Jahrzehnte sind seit der Gründungsversammlung vergangen und die BAG Mädchenpolitik vernetzt und vertritt immer noch Mädchen*arbeit in Deutschland, wiewohl nicht mehr alleine. Hinzu gekommen sind parallel zum Ausbau der Mädchen*arbeit weitere bundesweite Interessenvertretungen, so z. B. das ju*_fem_Netz, ein Zusammenschluss junger Feminist*innen innerhalb und außerhalb der Mädchen*arbeit und die BAG Autonome Mädchenhäuser. Vierundzwanzig Landeszusammenschlüsse der Mädchen*arbeit/-politik sind heute Mitglied der BAG Mädchenpolitik, daneben sieben bundesweite Träger und einige Expert*innen.

Die BAG M arbeitet nach wie vor ehrenamtlich und erhält keine strukturelle Förderung, ähnlich wie die anderen Bundeszusammenschlüsse der Mädchen*arbeit. Eine Tatsache, die sowohl mit ihren autonomen Strukturen als auch damit zusammen hängen mag, dass hier Mädchen* und junge Frauen* vertreten werden und damit eine patriarchal marginalisierte Bevölkerungsgruppe. Alle Anstrengungen, eine Geschäfts- oder Fachstelle gefördert zu bekommen, liefen bislang ins Leere. Damit konnte die Personalausstattung der Mädchen*arbeit auf Bundesebene, wie sie zu Zeiten des Mädchenprogramms bestand, bis heute nicht wieder erreicht werden. Lediglich Veranstaltungen werden durch den Kinder- und Jugendplan des Bundes gefördert. In den 20 Jahren, in denen die BAG Mädchenpolitik nun wirkt, begann das BMFSFJ die Förderung mehrerer jungen-/männerorientierter Programme und Organisationen wie »neue Wege für Jungs«, das »Bundesforum Männer« oder »mehr Männer in Kitas«, alle gefördert durch die Gleichstellungsabteilung. Die Jugendabteilung und mit ihr der KJP konnte sich nicht entscheiden, die Mädchenarbeit ebenfalls auf Bundesebene mit einem entsprechend großen Projekt bzw. mit bundesweit wirksamen geförderten Aufgaben zu betrauen.

Doch wie es bei Frauen* und in Frauen*kontexten oftmals üblich ist, haben die Mitglieder sich von der fehlenden Unterstützung nicht daran hindern lassen, die Ziele der BAG M zu verfolgen und die Arbeit des Vereins über 20 Jahre ehrenamtlich aufrecht zu erhalten und mädchen*(politische) Belange zu vertreten:

- seit 2002 gibt sie eine eigene Schriftenreihe heraus, in der aktuelle Themen der Mädchen*arbeit diskutiert werden. Inklusiv diesem sind es 17 Hefte (<https://www.maedchenpolitik.de/veroeffentlichungen/articles/die-bag-schriftenreihe>)
- jährlich organisiert die BAG M eine mehrtägige bundesweite Fachtagung und mehrere eintägige
- sie ist Mitglied in der AGJ und wirkt dort an der Entwicklung der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland mit (<https://www.agj.de/>)
- ebenso Mitglied ist sie in der National Coalition, die sich für die Einhaltung von Kinderrechten einsetzt (<https://www.netzwerk-kinderrechte.de>)
- von 2012–2013 verantwortete die BAG Mädchenpolitik gemeinsam mit der BAG Jungen*arbeit das vom BMFSFJ geförderte Partizipationsprojekt fair_play (<https://www.maedchenpolitik.de/projekte/articles/fair-play-juli-2012-dezember-2013>)
- seit 2013 betreiben die beiden BAGs gemeinsam die Jugend-Gender-Plattform meinTestgelände, ebenfalls gefördert durch das BMFSFJ (www.mein-Testgelaende.de)

- von 2016–2017 führte die BAG M das internationale Mädchen*network-Projekt Girls Matter gemeinsam mit Partner*innen aus Nordafrika durch (<https://www.maedchenpolitik.de/projekte/articles/girls-matter>)
- die BAG M gibt regelmäßig Stellungnahmen zu aktuellen Entwicklungen heraus, so z. B. zum 15. Kinder- und Jugendbericht
- gemeinsam mit der BAG Jungen*arbeit betreibt die BAG Mädchenpolitik einen Stand auf dem Deutschen Jugendhilfetag und bietet dort verschiedene Veranstaltungen an
- Seit 2016 ist die BAG Mädchenpolitik als erste Mädchen vertretende Organisation Mitglied des Deutschen Frauenrats (<https://www.frauenrat.de/lobby/mitglieder/>)
- sie unterstützt die nationale Initiative Klischeefrei (www.klischee-frei.de).

Heute:

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik e.V. hat sich in ihren Zielen und Ausrichtungen immer weiter entwickelt und aktuelle Diskurse bspw. bezüglich des Verständnisses von Geschlecht/ern aufgegriffen. Konnten bspw. zunächst nur Frauen Mitglieder werden bzw. ihre Organisation in der BAG M vertreten, so sind heute als Frauen* alle Personen anerkannt, die sich selbst zur Gruppe der Frauen* zählen. Die BAG ist international wirksam und tätig und hat sich auch zu dem aktuellen Thema »geflüchtete Mädchen« positioniert.

Ihre Ziele beschreibt sie heute so:

- **Innen:** Die BAG Mädchenpolitik e.V. bildet über Kooperation und Vernetzung der Mitglieder ein breites Bündnis.
- **Außen:** Die BAG Mädchenpolitik e.V. vertritt mädchen*politische Interessen auf Bundesebene. Sie berät die Politik und macht Lobbyarbeit für ihre Mitglieder.
- **Fachlich:** Die BAG Mädchenpolitik e.V. ist ein Forum für die fachliche Weiterentwicklung der feministischen Arbeit mit Mädchen* und jungen Frauen*. Sie überprüft konzeptionelle Ziele im Hinblick auf gesellschafts-politische Herausforderungen und initiiert Weiterentwicklung.

Insbesondere durch die engagierte Mitwirkung im Deutschen Frauenrat bestehen nunmehr gesicherte Strukturen der politischen Partizipation im Sinne von Mädchen*rechten und Mädchen*politiken.

Was nun? Alles gut?

Die Geschlechter lösen sich in Vielfalt auf, Mädchen*sein kann viele Körper haben. Mädchen* machen die besseren Schulabschlüsse und bevölkern zunehmend Universitäten. Ihnen wird zugestanden, unterschiedlichste Varianten von Mädchen*sein oder Frau*sein zu leben. Sie verdienen ihr eigenes Geld, machen Karriere und managen Familien, sie lieben Frauen*, Männer*, alle Geschlechter oder keines, sie leben als heterosexuelle Paare, als gleichgeschlechtlich Liebende, alleine oder in Regenbogenfamilien. Sie dürfen sich für Technik, Informatik oder Naturwissenschaften ebenso begeistern wie für soziale Berufe. Sie können um die Welt reisen – auch alleine – und wissen, dass Niemand sie zu etwas zwingen darf, das sie nicht wollen. Sie sind schön, sie sind stark, sie sind selbstbewusst, klug und emphatisch und sie fühlen sich gleichberechtigt – mindestens.

Das sind alles irgendwie zutreffende Beschreibungen über das Leben von Mädchen* und jungen Frauen* heute, die insbesondere medial genutzt werden, um zu belegen, dass es heute keine patriarchalen Barrieren und Probleme mehr gibt.



Alles gut? Leider nein!

Die Lage von Mädchen* und Frauen* kann aber auch anders beschrieben werden:

- während Geschlecht vielfältig anerkannt wird, bleiben die sozialen und kulturellen Erwartungen an Menschen (gender) binär. Vorstellungen, was als weiblich* anerkannt wird, ist immer noch weitgehend stereotyp
- cis-, trans*- und inter*Mädchen erfahren nicht die gleiche Anerkennung: weder im Mädchen*sein, noch in ihrer Person
- die besseren Schulabschlüsse führen nicht mal zu gleichwertigen Ausbildungszugängen oder gleich bezahlten Arbeitsplätzen
- sie können in unterschiedlichsten Formen leben und lieben, anerkannt sind aber eher die klassischen Varianten; es gibt keine gleichwertige Anerkennung für gleichgeschlechtliches oder polyamores Leben. Kinderlos zu bleiben gilt als unweiblich, Karriere zu verfolgen auch immer noch
- Frauen* verdienen immer noch deutlich weniger als Männer*, ihre Renten

sind nur halb so hoch, dafür liegt die Familienarbeit überwiegend bei den Frauen*

- sie werden nicht ermutigt, sich für Technik oder Informatik zu interessieren. Vielmehr wird ihnen vermittelt, dass diese Interessen doch eher unweiblich sind und nicht zum Frau*sein passen
- sie können um die Welt reisen und sind sich doch immer bewusst, dass sie sich damit Gefahren gegen ihren Körper und ihre Psyche aussetzen
- sie wissen, dass ihr Körper ihnen gehört und wissen gleichzeitig, dass sie trotzdem Übergriffen ausgesetzt sind
- sie dürfen alles sein, aber nicht alles wird gleich anerkannt.

Auch so kann die aktuelle Situation von Mädchen* und Frauen* beschrieben werden und diese Beschreibung kommt der Realität deutlich näher. Einerseits haben Feminismen, Emanzipation und Gleichstellungspolitiken zu Verbesserungen der Lebenslagen geführt und Mädchen* mehr Zugänge und Anerkennung verschafft, insbesondere im öffentlichen Raum und der Bildung und Beschäftigung. Andererseits sind so viele Strukturen, Erwartungen, Zuschreibungen und Möglichkeiten weiter eingeschränkt, nur weil Mädchen* weiblichen* Geschlechts sind. Hier gibt es politisch, strukturell und pädagogisch noch sehr viel Arbeit.

Und dann sind da noch die Mädchen*, die niemand sieht und um die sich zu wenig gekümmert wird:

- von Armut betroffene Mädchen*, denen deshalb keine Teilhabe gelingt und die schlechtere Bildungschancen haben
- Mädchen* aus bildungsfernen Familien, die Bildungsausgrenzung deshalb erleben
- geflüchtete Mädchen* mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus, die deshalb in ihrer Entwicklung eingebremst oder ausgegrenzt werden
- traumatisierte Mädchen*, die Gewalt erlebt haben und für die es keine ausreichenden Hilfen gibt
- Mädchen*, die mit patriarchalen Geschlechterbildern aufwachsen und deshalb von gesellschaftlichen Gleichstellungspolitiken nicht (im gleichen Ausmaß) profitieren können
- Mädchen*, die qua Aussehen als Migrant*innen und damit nicht zugehörig angesehen werden – unabhängig davon, ob sie einen Migrationshintergrund haben oder nicht
- Mädchen*, die den gängigen Mädchen*bildern nicht entsprechen
- Mädchen* mit geistigen, psychischen oder körperlichen Handicaps oder Beeinträchtigungen.

Unter den öffentlichen Bildern der starken, selbstbewussten jungen Frauengeneration verschwinden die Probleme, die Mädchen* haben, weil sie Mädchen* sind und es verschwinden die Mädchen*, die aus unterschiedlichen Gründen, die sie selbst nicht zu verantworten haben, nicht an den Gleichberechtigungsversprechen partizipieren können bzw. dürfen. Das Versprechen der Gleichberechtigung erreicht nur die wenigsten Mädchen*, scheint aber für alle zu gelten. Das verdeckt gesellschaftliche und reale Abwertungen, Gewalt und Ausgrenzung.

Wo liegen Zukunftsaufgaben der BAG Mädchenpolitik?

Es ist also mehr als offensichtlich, dass der Auftrag, den sich die BAG Mädchenpolitik 1999 gegeben hat, noch lange nicht erfüllt ist. Es gibt immer noch eine Menge zu tun, um Mädchen* und jungen Frauen* zu ihrem im Grundgesetz verbrieften Recht auf Gleichberechtigung zu verhelfen.

Hier dazu vier Hinweise:

■ Demokratischer Widerstand

Entfesselte Märkte und eine zunehmende Neoliberalisierung von Politik und Gesellschaft führen zu mehr Verarmung und Ausschluss immer größer werdender Teile der Gesellschaft. Ausgrenzungen qua Geschlecht verschränken sich mit anderen sozialen Ausgrenzungen, aber eben auch mit marktorientierten. Die 68er Frage im Streit zwischen Studenten- und Frauenbewegung, ob denn der Kapitalismus oder das Patriarchat der Hauptwiderspruch sei und als erstes bekämpft werden müsse, stellt sich heute nicht mehr: beides bedroht in Wechselwirkungen Mädchen* und junge Frauen*. Deshalb gilt es, in der Mädchen*politik Themen wie Armut, Verdrängung und mangelnde Teilhabemöglichkeiten stärker zu diskutieren.

■ Solidarität

Die Vernetzung mit dem Deutschen Frauenrat, mit der AGJ oder klischeefrei sind erste Schritte, über die Organisationen hinaus, die sich im Kern der Mädchen*arbeit verschrieben haben, auf Bundesebene zusammen zu arbeiten. Wenn die BAG M sich für alle Frauen* öffnet und alle Mädchen* und jungen Frauen* vertreten will, dann braucht es Mitglieder und Kooperationen im trans*- und inter*Bereich und mit Verbänden, die queere Mädchen* vertreten, die Migrant*innen vertreten oder auch Mädchen*/junge Frauen* mit Handicap.

■ Gewalt thematisieren

Gewalt gegen Mädchen* und Frauen* in allen (un)denkbaren Formen ist immer noch Alltag. Die Verschärfung des Sexualstrafrechts hat bislang nicht zu weniger Gewalt geführt. Auf der Ebene der Sprechpolitik wächst die Empörung, in der Realität sind viele Formen der Gewalt gegen Mädchen* und Frauen* weiterhin verdeckt. Wenn, dann wird der öffentliche Fokus auf die Gewalt »der Anderen« gelenkt und dient damit der Ausgrenzung. Dass sehr viele Mädchen* sexuelle Gewalt im nahen Umfeld erleiden müssen, bleibt ohne öffentliche Aufregung Fakt. Dass Femizide als Familientragödien verdeckt werden, ist seit Jahrzehnten Usus, die ermordeten Frauen* und Kinder werden sprachlich auch nach ihrem Tod zum Opfer. Gewalt gegen Mädchen* und junge Frauen* muss also verstärkt und weiterhin in Politik, Medien und Öffentlichkeit getragen werden.

■ Finanzierung statt Engagement

Gerade zu Jubiläen kommen gerne Politiker*innen und gratulieren zu der großartigen ehrenamtlichen Arbeit und zum großen Engagement der Frauen* für Mädchen*. Das ist in Anbetracht der ewigen Unterfinanzierung von Mädchen*arbeit und der gesellschaftlichen Ausbeutung von Frauen* im Namen des sozialen Engagements zynisch. Diesen Mechanismus gilt es politisch zu formulieren und weiterhin für eine Finanzierung von Mädchen*arbeit insgesamt und der BAG Mädchen*politik zu streiten, weil es neben den bundesweiten Projekten und Organisationen zu Jungen* und Männern* ein Äquivalent für Mädchen*belange geben muss.

Dr.ⁱⁿ Claudia Wallner; Referentin, Autorin, Praxisforscherin, Gründungsmitglied der BAG Mädchenpolitik, seit 2013 im Leitungsteam des Projektes meinTestgelände

[i] Im Text werden die Begriffe Mädchen, Frauen und Mädchenarbeit/Mädchenpolitik mal mit Asterisk (*) und mal ohne verwandt. Das liegt daran, dass in den ersten Jahren, die beschrieben werden, diese Diskussion noch nicht geführt und von einem binären Geschlechtersystem ausgegangen wurde. Der Asterisk kommt im Text zur Anwendung, sobald in der Mädchen*arbeit und BAG Mädchenpolitik ein Verständnis fluider Geschlechtlichkeit Einzug gefunden hat.

Irena Schunke
Von der Mädchenarbeit zur Mädchen*arbeit!
20 Jahre Arbeit mit und Politik für Mädchen* und
junge Frauen* in Sachsen-Anhalt



Als Fachfrau für die Mädchen*arbeit im »Kompetenzzentrum geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe Sachsen-Anhalt e.V.« möchte ich nicht die gesamte Geschichte der Mädchenarbeit in den neuen Bundesländern der letzten 20 Jahre abbilden. Aber ich kann (m)einen Erfahrungsbericht von der Mädchenarbeit zur Mädchen*arbeit in Sachsen-Anhalt aus der eigenen fachlichen Perspektive und dem eigenen Erleben für das Jubiläumsheft der BAG Mädchenpolitik zur Verfügung stellen. Dabei werde ich mich auf vorliegende Veröffentlichungen und Dokumente berufen, ausgewählte Höhepunkte der Mädchen*arbeit benennen und versuchen darzustellen, wie sich die Mädchen*arbeit entwickelt hat, mit welchen Hindernissen sie zu kämpfen hatte und hat und wie sich Fachfrauen* in Sachsen-Anhalt im 21. Jahrhundert für die Vielfalt von Mädchen* engagieren und für die Mädchen*arbeit im politischen und öffentlichen Raum streiten.

Die erste Frage ist, wie bin ich selbst zur Mädchenarbeit gekommen? Als Mitarbeiterinnen des Schülerfreizeitzentrums Sangerhausen erfuhren meine Kollegin Anette Karst und ich 1991 von einem Modellprojekt des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit dem Titel »Mädchenarbeit in den neuen Bundesländern«. Das war Neuland für uns und weckte die Neugier – ein Modellprojekt nur für Mädchen? Mit Mädchengruppen hatten wir in unserer Einrichtung zu tun, warum nicht mit ihnen gemeinsam die Mädchenarbeit entwickeln. Schnell stand der Entschluss fest, da bewerben wir uns! Interessierte und engagierte Frauen aus Sangerhausen und dem Landkreis Mansfeld-Südharz gründeten den Mädchentreff e.V. Sangerhausen und machten sich 1991 mit Mädchen im Alter von 12 bis 18 Jahren auf den Weg, das Projekt »Mädchenselbstdarstellung mit künstlerischen Mitteln mit Leben zu füllen. Ziel war, der Mädchenarbeit einen Platz in der Jugendarbeit zu verschaffen

(denn Jugendarbeit war zu dieser Zeit Jungenarbeit), geschlechtsspezifische Ungleichheiten abzubauen und Mädchenarbeit als Qualitätsmerkmal in der Kinder- und Jugendhilfe zu etablieren und gesetzlich zu verankern. Der Mädchentreff Sangerhausen e.V. konnte nach der fünfjährigen Bundesmodellphase eine Weiterfinanzierung durch das Land Sachsen-Anhalt, den Landkreis Mansfeld-Südharz und der Stadt Sangerhausen erwirken. Leider aber war es aufgrund von strukturellen, personellen und finanziellen Problemen (Förderung durch die genannten Institutionen wurde zunehmend zurückgefahren und dann ganz eingestellt) nicht mehr möglich, den Mädchentreff nach 2003 aufrechtzuerhalten.

Die nachfolgenden Ausführungen verweisen auf Veröffentlichungen zur Mädchen*arbeit in Sachsen-Anhalt sowie auf vielfältige Aktionen, Initiativen und Höhepunkte.

PLATZ DA, DIE MÄDCHEN KOMMEN!
Mädchenarbeit in Sachsen-Anhalt. Probleme, Chancen,
Perspektiven

.....
 Unter diesem Motto veröffentlichten die Autorinnen Kerstin Schumann und Kathleen Behnke Mitte der 1990er Jahre gemeinsam mit der damaligen frauenpolitischen Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Grüne im Landtag Sachsen-Anhalt, Karla Schulze, eine Broschüre mit obigem Titel. Die Veröffentlichung in der Schriftenreihe der Fraktion Bündnis 90/Grüne im Landtag von Sachsen-Anhalt war erforderlich, da sich die zu dieser Zeit etablierte Jugendarbeit vorrangig an Jungen richtete. Die Autorinnen plädierten für einen geschlechts-

differenzierten Ansatz in der Jugendarbeit und gaben einen ersten Überblick zum Stand der Mädchenarbeit in Sachsen-Anhalt. In den einleitenden Worten bezogen sie sich auf den 6. Jugendbericht der Bundesregierung »Zur Verbesserung der Chancengleichheit von Mädchen in der Bundesrepublik Deutschland« (1984) und verdeutlichten, dass Jugendarbeit in Theorie und Praxis Jungenarbeit geblieben war. Nach der Veröffentlichung des 6. Jugendberichtes traten die Bedarfe der Mädchen in hohem Maße ins Bewusstsein der Fachöffentlichkeit. Neben der Forderung, Modellprojekte für Mädchenarbeit und -gruppen auf den Weg zu bringen, »wurde der Versuch unternommen, flächendeckende Angebote und vielfältige Konzepte für die Arbeit mit Mädchen zu verbreiten und Mädchenarbeit als integralen Bestandteil aller Arbeitsbereiche der Jugendhilfe zu behandeln.« Das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), das 1991 auf den Weg gebracht wurde, bot auf politischer Ebene Möglichkeiten und Chancen, der Mädchenarbeit Gesicht zu geben. Jedoch wurden die Mädchen ausschließlich in § 9, Abs. 3 benannt und nicht, wie gefordert, in allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe. Der Paragraph besagt: »Die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen sind zu berücksichtigen, Benachteiligungen abzubauen und die Gleichberechtigung zu fördern.«

Die Autorinnen haben sich, mit Blick auf diesen Grundsatz im KJHG, mit der Situation in einigen Regionen des Landes beschäftigt und ihre Erkenntnisse zur Situation der Mädchenarbeit in Sachsen-Anhalt zusammengetragen. Gleichzeitig wurden Mädchenspezifische Ansätze aufgezeigt, wie die Etablierung der Mädchenarbeit, aber auch die Gleichstellung von Mädchen und Jungen in der Jugendarbeit gelingen kann.

Erkennbar wurde, dass sich gelungene Mädchenarbeit auf Initiativen von Mädchen und Frauen beschränkte, die sich für dieses Arbeitsfeld wirklich interessierten und engagierten. Deutlich wurde im Rahmen dieser Untersuchung auch, dass den Initiativen von Mädchen und Frauen, mädchen- und geschlechtsspezifische Ansätze in der Jugendarbeit auf den Weg zu bringen, oft mit Ignoranz, Abqualifizierung und Ablehnung begegnet und die Notwendigkeit und der Wert Mädchenspezifischer Arbeit in Frage gestellt wurde.

Im weiteren Vorgehen haben sich die Autorinnen mit einigen dieser Beobachtungen und Erkenntnisse auseinandergesetzt, Erklärungshintergründe herangezogen und Argumentationen zur Notwendigkeit feministischer, emanzipatorischer Mädchenarbeit formuliert und unter dem Titel »Es gibt Mädchen in Sachsen-Anhalt« dargestellt. Interessant ist eine Umfrage zum Freizeitverhalten von Mädchen und Jungen, die während der »Jugendwochen Sachsen-Anhalt« im Oktober 1992 vom Ministerium für Arbeit und Soziales und dem Institut für



Entwicklungsplanung und Strukturforschung Hannover durchgeführt wurde und an der sich 1007 Jugendliche im Alter von 12 bis 20 Jahren beteiligten. In der Auswertung wurde deutlich, dass sich das Freizeitverhalten von Mädchen und Jungen geschlechtsdifferenziert gestaltet, und dass sich beide Zielgruppen unterschiedliche Rahmenbedingungen wünschen, um in Freizeiteinrichtungen ihre Freizeit zu verbringen. Aussagen von Mitarbeiterinnen der Mädchenarbeit zeigten, dass Mädchenarbeit in gemischten Jugendeinrichtungen, ob unter kommunaler oder freier Trägerschaft, einen schwierigen Stand hatte. Gründe dafür wurden im Kaputtreden der Idee der Mädchenarbeit bis hin zum Auslaufen von Stellen und dem damit verbundenen Ende der hauptamtlichen Mädchenarbeit gefunden. Eine kontinuierliche, ehrenamtliche Arbeit im Bereich der Jugendarbeit und der Mädchenarbeit konnte zu diesem Zeitpunkt nicht abgesichert werden. Viele Jugendgruppen unter freier Trägerschaft organisierten sich in den regional verorteten Kinder- und Jugendringen (KJR). Auch hier waren Mädchengruppen eher wenig bis gar nicht vertreten.

Auf dem Hintergrund der dargestellten Realität formulierte das Ministerium für Arbeit und Soziales auf Anfrage, »dass die Mädchenarbeit einen Schwerpunkt für die Aktivitäten der Landesregierung darstellt« und unterstützte das erste Mädchenfestival für Sachsen-Anhalt (1993) »Mädchen erobern die Straße«, das zeigen wollte, wie Mädchenarbeit in Sachsen-Anhalt aussehen könnte. An diesem dreitägigen Festival, das vom Landesarbeitskreis Mädchen initiiert und vorbereitet wurde, beteiligten sich 115 Mädchen im Alter von 7 bis 19 Jahren aus Magdeburg, Stendal, Wolmirstedt, Halle, Sangerhausen, Wittenberg und Peseckendorf. Die beteiligten Fachfrauen entschieden sich nach dem Festival, an einer kontinuierlichen Mädchenarbeit festzuhalten, die Vernetzung in Sachsen-Anhalt voranzutreiben und weitere Angebote und Aktionen miteinander

auf den Weg zu bringen. Durchgeführt wurden 1994 die Ausstellung »Mädchen in Sachsen-Anhalt« sowie das erste Mädchenecamp.

Unter dem Motto »Auf die Dauer hilft nur Power« verweisen die Autorinnen in der Broschüre auf die Notwendigkeit der Weiterentwicklung und landesweiten Ausdehnung von Mädchenarbeit und auf die Initiierung neuer Mädchenprojekte, auch auf die notwendige Verbesserung der Rahmenbedingungen und auf Beförderung der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Ebenen.

Im Folgenden werden weitere Meilensteine in der Entwicklung der Mädchenarbeit in Sachsen-Anhalt dargestellt.

Gründung der LAG »Mädchen und junge Frauen Sachsen-Anhalt«

Mit der Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) »Mädchen und junge Frauen Sachsen-Anhalt« nach §78 KJHG am 20. Juni 1996 im Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Sachsen-Anhalt sollte die landesweite Mädchenarbeit den Stellenwert bekommen, den sie in der fachpolitischen Debatte verdiente und eine verbindliche Kooperation wie Vernetzung zwischen den freien und den öffentlichen Trägern gewährleistet werden.

»Ziel der LAG ist es, aktuelle Probleme und Tendenzen im Bereich der Mädchenarbeit und Mädchenpolitik zu thematisieren sowie die partnerschaftliche, fachliche Zusammenarbeit von öffentlichen und anerkannten freien Trägern, von Maßnahmeträgern und sonstigen Institutionen, die sich für die Belange von Mädchen und jungen Frauen einsetzen, zu unterstützen.« (Auszug aus der Geschäftsordnung)

Mädchen – Macht!

Mädchenaktionstage vom 11. – 13. Juni 1999

Die Idee kam von den Praktikerinnen der Mädchenarbeit und vom Landesarbeitskreis für Mädchen und junge Frauen in Sachsen-Anhalt. Nach dem länger zurückliegenden ersten Mädchenfestival im Jahr 1993 wurden neue Initiativen in der Mädchenarbeit gestartet und die Mädchenaktionstage 1999 durchgeführt. »MÄDCHEN MACHT!« – das gewollt doppeldeutige Motto sollte ausdrücken: »Mädchen – Macht! – nehmt euer Schicksal selbst in die Hände, gestaltet und lebt!« Die Mädchenaktionstage vermittelten mit vielfältigen Aktionen und Formaten ein Gefühl der Gemeinschaft und des Stolzes auf das Erreichte. Sie vernetzten verschiedene Mädchengruppen aus Sachsen-Anhalt und ließen die Kraft weiblicher Potenziale erahnen.

Mädchen, Mädchen, Mädchen

Eine Untersuchung über die Mädchenarbeit im Land Sachsen-Anhalt (PDS-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt)

Acht Jahre nach der ersten Untersuchung zur Mädchenarbeit in Sachsen-Anhalt (1993) wurde durch Nicole Menzel gemeinsam mit den Politikerinnen Eva von Angern und Britta Ferchland eine erneute Befragung zur Mädchenarbeit auf den Weg gebracht. Dabei ging es vor allem um die Frage, was aus den Initiativen, Projekten und Mädchengruppen geworden war, die sich in den 1990er Jahren auf den Weg machten, um Mädchenarbeit in Sachsen-Anhalt zu etablieren?

Neben der Analyse der Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe sowie der kommunalen, landes- und bundesweiten Mädchenarbeit definierten die Autorinnen Mädchenpolitik, äußerten sich zur Notwendigkeit von Mädchenarbeit, schauten auf traditionelle, koedukative und feministische Ansätze in der Arbeit und zeigten neue Wege auf, Mädchenarbeit zu initiieren. Im Rahmen einer Befragung von acht Einrichtungen standen Fragen zu Rahmenbedingungen, Konzepten, Umsetzung, Interessen, Vorhaben, Problemen und Förderung von Mädchenarbeit im Vordergrund.



Als Ursachen, warum Mädchenarbeit nicht stattfand, wurden benannt: fehlende thematische Sensibilisierung und Identifizierung für Mädchenarbeit, fehlende Rahmenbedingungen (Räume, Personal, Finanzen) sowie die Ausgrenzung von Jungen in Jugendeinrichtungen. Beachtenswert war, welche unterschiedlichen Mädchenangebote die Autorinnen im Schul- als auch im Freizeitkontext (Beratung, Prävention, Mädchengruppen, Projektstage, Stammtische, interkulturelle und generationsübergreifende Arbeit, Beruf- und Lebenswegplanung usw.) gefunden haben. In den Schlussfolgerungen wurden Forderungen nach Mädchenförderplänen, nach der Erarbeitung von Leitlinien für Mädchenarbeit, nach Mädchenbeauftragten sowie Mädchenpolitik als Querschnittsaufgabe aufgestellt. Die vorliegende Untersuchung nutzte die Landesstelle Mädchenarbeit Sachsen-Anhalt e.V., um für das Arbeitsfeld Mädchenarbeit zu sensibilisieren.

Landesstelle Mädchenarbeit Sachsen-Anhalt e.V.

Am 30. August 2000 wurde der Verein »Landesstelle Mädchenarbeit« durch Mitgliedsfrauen der LAG Mädchenarbeit Sachsen-Anhalt und von Wissenschaftlerinnen aus dem Hochschulbereich in Magdeburg gegründet. Ziel dieser Vereinsgründung war es, ein politisches Signal zu setzen und eine Geschäftsstelle »Landesstelle Mädchenarbeit Sachsen-Anhalt e.V.« zu erwirken. Aufgabe der hauptamtlichen Geschäftsstelle sollte es sein, fachpolitische Service- und Koordinierungsstelle für die in Sachsen-Anhalt in den 1990er Jahren etablierte Mädchenarbeit und die damit entstandenen Mädchengruppen, Mädchenarbeitskreise und die LAG Mädchenarbeit zu sein. Die Geschäftsstelle »Landesstelle Mädchenarbeit Sachsen-Anhalt e.V.« konnte am 1. Mai 2001 eröffnet werden. Mitarbeiterinnen sind bis heute: Kerstin Schumann (Geschäftsführerin), Irena Schunke (Referentin), Sabine Lenk (Verwaltung).

Höhepunkte der Landesstelle Mädchenarbeit waren:

- 1. Landesmädchenkonferenz und Fachbuch »Mädchenarbeit – Konzepte und Praxisbeispiele« (2002)
- »Eingeklinkt – 1. Fachtagung der geschlechtsbewussten Kinder- und Jugendarbeit in Sachsen-Anhalt« (2002)
- Geschlechterbewusste Arbeit für Mädchen in Sachsen-Anhalt – Leitlinien (2004)
- Fachtage »Mädchenbilder heute und ihre Bedeutung für die Mädchenarbeit« (2006)
- »Mädchenwohnen« (2007)
- »Mädchen in den Hilfen zur Erziehung« (2007).

Mädchen*arbeit im KgKJH Sachsen-Anhalt e.V. – zukunftsorientiert und nachhaltig!

Mit der Umbenennung der »Landesstelle Mädchenarbeit« in »Kompetenzzentrum geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe Sachsen-Anhalt e.V.« erweiterte sich das Aufgabenspektrum und die Zielgruppen wurden (werden) vielfältiger. Das KgKJH Sachsen-Anhalt e.V. versteht sich im Sinne des §9 (3) des SGB VIII (KJHG) als fachpolitische Servicestelle für Genderkompetenz, Mädchen*arbeit und Jungen*arbeit sowie Geschlechtervielfalt in Sachsen-Anhalt. Unser Wirken dient der Vernetzung und Etablierung geschlechtergerechter Ansätze in der Kinder- und Jugendhilfe und in weiteren Bereichen, die die

Lebenslagen von Kindern sowie Jugendlichen aller Geschlechtsidentitäten tangieren. Ziel der Arbeit des KgKJH ist die Herstellung der realen Chancengleichheit in allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe und die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit in der sozialen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt unter Beachtung der Vielfältigkeit der Lebenslagen. Mädchen*arbeit im KgKJH beinhaltet die Qualifizierung für die Mädchen*arbeit, die Vernetzung auf kommunaler (Mädchen*arbeitskreise), landesweiter (fachinhaltliche Moderation der LAG »Mädchen und junge Frauen«) sowie bundesweiter Ebene (BAG Mädchenpolitik), aber auch die Mitwirkung und das Auftreten in Fachgremien. Die thematische Auseinandersetzung mit aktuellen Tendenzen und politischen Fragestellungen, die die Mädchen*arbeit in Sachsen-Anhalt tangieren (z.B. Weltmädchen*tag, Istanbul-Konvention, Frühehen, Rechtspopulismus und Antifeminismus, GFMK), ist ein wichtiger Auftrag. Im Rahmen einer praxisorientierten Ideenwerkstatt 2017 diskutierten Fachfrauen* und Neueinsteigerinnen* über die weitere Entwicklung der Mädchen*arbeit. Daraus resultierten die Aufgaben: erstens, die Leitlinien zur Mädchenarbeit aus dem Jahr 2004 zu überarbeiten und zweitens, ein Konzept zur Qualifizierung in der Mädchen*arbeit zu entwickeln. Die »Leitlinien für die Mädchen*arbeit in Sachsen-Anhalt – reflektiert – praxisnah – vernetzt – finanziert« wurden 2019 vom Landesjugendhilfeausschuss Sachsen-Anhalts verabschiedet und eine Qualifizierungsreihe wird in diesem Jahr auf den Weg gebracht. Übrigens, das KgKJH beschäftigt sich seit 2001 mit geschlechterbewusster Arbeit – wir werden also volljährig! Erfahrungen aus der bisherigen Mädchen*arbeit zeigen, dass es auch heute genügend fachinhaltliche und politische Herausforderungen sowie engagierte Fachfrauen* gibt, die für Mädchen* und deren Rechte streiten.

Irena Schunke, Bildungsreferentin für geschlechtsbewusste Pädagogik und Mädchen*arbeit im Kompetenzzentrum geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe Sachsen-Anhalt e.V., www.geschlechtergerechtejugendhilfe.de

Literatur

- LANDESARBEITSKREIS FÜR MÄDCHEN UND JUNGE FRAUEN IN SACHSEN-ANHALT (1999): Mädchen-Macht. Mädchenaktionstage vom 11. – 13. Juni 1999. Dokumentationsbroschüre für Mädchen und junge Frauen aus Sachsen-Anhalt
- PDS-FRAKTION IM LANDTAG SACHSEN-ANHALT (2001): Mädchen, Mädchen – Eine Untersuchung über die Mädchenarbeit im Land Sachsen-Anhalt, Magdeburg
- SCHUMANN, KERSTIN; BEHNKE, KATHLEEN (1995): Platz da, die Mädchen kommen! Mädchenarbeit in Sachsen-Anhalt, Probleme, Chancen, Perspektiven, in: Schriftenreihe der Fraktion Bündnis 90/Grüne im Landtag von Sachsen-Anhalt: Magdeburg

Prof. Dr. Claudia Daigler
Prekäre Lebenslagen von jungen Frauen
Anfragen an die Professionalität und Politik in der
Jugendsozialarbeit



Der (kritische) fachliche Diskurs in der Jugendhilfe hat in den letzten Jahren die Lebensphase junge Volljährige/Heranwachsende verstärkt thematisiert. Es handelt sich um eine Lebensphase, in die verschiedenste Herausforderungen eingelassen sind, unter anderem die der sogenannten Verselbständigung. Damit wiederum sind Armut- und Risikolagen verbunden. Es wird davon ausgegangen, dass circa 25% aller junger Menschen zwischen 18 und 24 Jahren armutsgefährdet sind (vgl. BAG Katholische Jugendsozialarbeit 2018). Im 15. Kinder- und Jugendbericht wurde der »Stiefkind-Status« der Hilfen für junge Volljährige innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe thematisiert und skandalisiert. Prekäre Übergänge junger Menschen in Ausbildung und Arbeit sowie Unterstützungsleistungen für junge Menschen nach stationärer Jugendhilfe (Careleaving), so die Forderung, sind mehr als bisher als Aufgaben der Jugendhilfe zu begreifen und entsprechende Schnittstellenarbeit (Wohnungsnotfallhilfe, JobCenter u25 etc.) zu leisten. Gefordert wurde nicht zuletzt auch eine Stärkung der Jugendsozialarbeit. Das ist gut und richtig so. Deutlich wird gleichzeitig aber auch, dass sich der Fachdiskurs, die fachpolitischen Argumentationen wie auch die Praxis der Jugendsozialarbeit zunehmend der »Geschlechterfrage« entledigen und mit diesen Ausblendungen zu einer Entprofessionalisierung beitragen. Wie ist dies genau gemeint? Was wird dann nicht gesehen und nicht thematisiert? Wo werden junge Frauen alleine gelassen und wo bedarf es einer anderen Aufmerksamkeit?

1. Mädchensozialarbeit als Teil der Jugendsozialarbeit –
Gender als Analysekategorie

Jugendsozialarbeit nach § 13 SGB VIII ist ein Sammelbecken von verschiedenen, teils unkonventionellen, innovativen Ansätzen für individuell und

strukturell benachteiligte junge Menschen. Ein Charakteristikum des Arbeitsbereiches ist, dass es sich bei den Angeboten häufig um zeitlich begrenzte Projekte oder Modellvorhaben (Bundes- und EU-Programme, Stiftungsgelder etc.) handelt. Regelfinanzierungen in den kommunalen Haushalten bilden die Ausnahme. Der Arbeitsbereich ist vielfältig, reagiert auf herausfordernde und prekäre Lebenslagen und bezieht dabei Mehrfachbenachteiligungen (Migration, Gender, soziale Lage) mit ein. Jugendsozialarbeit war also schon immer eine Vorreiterin für eine systematische Berücksichtigung und Verknüpfung verschiedener, wirksamer Differenzkategorien.

Mädchensozialarbeit hat darin eine lange Tradition. Sie geht zurück auf die Anfänge der Sozialen Arbeit in Deutschland, als insbesondere für Mädchen und junge Frauen in Armut und Notlagen Unterstützungsleistungen geschaffen wurden (Gesundheitsversorgung, Hygienemaßnahmen, Unterstützung für Schwangere etc.). Damit einher ging das Eintreten für Bildungschancen für Arbeitermädchen. Fürsorge war stets mit Frauenpolitik, dem Insistieren auf die Verbesserung von Lebensbedingungen für Mädchen und junge Frauen und damit mit der Gerechtigkeitsfrage verbunden. Tradition hat darin auch das Aufdecken und Hinterfragen von Wahrnehmungsmustern und Zuschreibungen, die in den Hilfesystemen entlang der Kategorie Geschlecht produziert werden (z.B. sexuell verwaahlte junge Frauen und damit einhergehende Normalisierungsanstrengungen).

Mädchensozialarbeit heute ist (ebenso) vielfältig (Mädchenwerkstätten, Mädchentreffs im Kontext beruflicher Schulen, Arbeit mit jungen Frauen in den Jugendmigrationsdiensten, Zwangsverheiratung, Frauenhandel, Prostitution, in Wohnungslosigkeit...), aber als solche öffentlich weitgehend unsichtbar

geworden und wird sowohl in den Fachdiskursen als auch in Berichterstattungen und Planungsprozessen zur Jugendhilfe/ Jugendsozialarbeit zunehmend randständig thematisiert. Sie bezieht sich auf Benachteiligungen, die entlang der Kategorie Geschlecht vollzogen werden und auf die dadurch verdeckten Verschiedenheiten – sowohl bezogen auf Jungen als auch Verschiedenheiten untereinander. Ausgangspunkt ist, dass Geschlecht nach wie vor ein wesentlicher Platzanweiser ist, der unter der Decke der angeblichen Gleichberechtigung unterschwellig sehr wirkungsvoll als Strukturgeber arbeitet.

Die sozialwissenschaftliche Geschlechterforschung, auf die sich Mädchensozialarbeit stets mit abstützt, hat sich in den letzten Jahren zunehmend mit Diversität, Vielfalt der Geschlechter, (Körper)Identitäten (Queer, Transgender, LSBTTIQ etc.) und Heteronormativität auseinandergesetzt. Aus diesem Diskurs haben sich wichtige Impulse ergeben. Damit einher geht allerdings auch, dass der Benachteiligungsdiskurs weitgehend auf diese Identitätspolitik begrenzt wird. Sehr elaborierte Theorien zur Konstruktion von Geschlechteridentitäten stehen den »Niederungen« der Praxis, ja zum Teil auch dem Verschwinden von Orten der Mädchenarbeit gegenüber. Festgestellt werden kann: Die Thematisierung von Benachteiligung bezüglich sozialer Lagen hat in der Geschlechterforschung in den letzten Jahren abgenommen.

2. Junge Frauen in prekären Lebenslagen – Benachteiligung, Verdeckung und Bewältigung

Junge Frauen möchten nicht benachteiligt sein und auch nicht als solches gelten, wissenschaftlich gesprochen nicht als solche etikettiert werden. Daran hat sich in den letzten Jahrzehnten nichts verändert. Sie möchten vor allem »normal« sein und dazugehören. Sie möchten gleichberechtigt sein und sehen sich größtenteils auch als solches an. Zweifellos bestehen in der zweiten Moderne eine größere Pluralität von Lebensformen, Geschlechteridentitäten und eine größere Anerkennung von Rechten von Mädchen und Frauen. Gleichzeitig aber wirken geschlechtliche Ordnungen weiterhin. Sie sind hinter der Propagierung der individuellen Chancen verdeckter und damit subjektiv weniger deutlich wahrnehmbar. Die heutigen Anforderungen an junge Frauen lassen sich zusammenfassen als Anspruch, erfahrbare und erlebte Diskrepanzen alleine zu bewältigen, Diskrepanzen zwischen Gleichheitsversprechen, die junge Frauen selbstverständlich für sich in Anspruch nehmen und deren Nichtrealisierung, die im Gewand des individuellen Nichtgelingens daherkommen. In den neoliberalen Parolen und Strategien ist ebenso wenig im Blick, dass die

Anforderungen auf unterschiedliche soziale Lagen und Ressourcen, Bildungsniveaus und auf unterschiedliche Erfahrungen als Mädchen (oder als Jungen) und junge Frau treffen. Nicht alle junge Frauen haben die gleichen Voraussetzungen (soziale Herkunft, ethnische Orientierung, Bildungsstand etc.). In der Praxis der Mädchenarbeit und in Studien insbesondere zur Jugendberufshilfe konnte festgestellt werden, dass eine Bewältigungsform für junge Frauen wie auch junge Männer gerade in erschwerten sozialen Lagen darin besteht, sich verstärkt an traditionelle Geschlechterrollen(konzepte) rückzubinden, um Sicherheit, Orientierung und Halt zu finden. Sabine Henniger und Susanne Alex erläutern aus ihrer Arbeit mit jungen Wohnungslosen in Stuttgart: »Wir beobachten, dass sich junge Frauen ohne berufliche Perspektive in ungesicherten Lebensverhältnissen verstärkt an traditionellen Familienbildern orientieren: außer dem Wunsch nach Familie möchten sie sozial anerkannt sein. Mit einem Kind können sie »legitim« ohne Arbeit leben. Sie entgehen dem Druck der JobCenter und erhalten relativ rasch eine Wohnung. Sie versuchen alleinerziehend oder in häufig problematischen Paarbeziehungen ihrer neuen Aufgabe mehr oder weniger gerecht zu werden« (Henniger und Alex 2013, 28). Daraus lässt sich ableiten: Traditionelle Geschlechterkonzepte können gerade dann an Attraktivität gewinnen, wenn junge Frauen und Männer in der propagierten Offenheit, dass alles möglich ist, wenn man sich genügend anstrengt, Erfahrungen der verwehrt Teilhabe machen.

3. Was wird nicht gesehen? Verdeckte Wohnungslosigkeit

Nicht gesehen werden also Benachteiligungen und widersprüchliche Anforderungen, die junge Frauen fortlaufend versuchen in sich selbst zu lösen. Nicht gesehen und als solche verstanden werden zudem Bewältigungsweisen junger Frauen und Strategien bzw. Versuche Anerkennung zu erhalten, für die sie zum Teil einen hohen Preis bezahlen. Und systematisch reflektiert werden Ausblendungen innerhalb der Hilfesysteme. Letzteres soll am Beispiel von Wohnungslosigkeit deutlicher werden.

Wohnungslosigkeit wird gemeinhin als Wohnungslosigkeit primär von Männern wahrgenommen. Der Anteil der Frauen in der Wohnungslosigkeit liegt in den Schätzungen bei 25 % bis 28 %, Tendenz steigend (vgl. Rosenke 2017). Bei den unter 18-Jährigen sind junge Frauen mit einem Anteil von 40 % bis 60 % überdurchschnittlich vertreten, ja, stellen in Teilen die Mehrheit dar: Je jünger die jungen Menschen sind, desto stärker überwiegen Mädchen bzw. junge Frauen.



Hinzu kommt, dass prekäre Lebenslagen von Frauen und Mädchen generell und Wohnungslosigkeit von Frauen im Besonderen grundsätzlich verdeckter sind. Sie wohnen häufiger und länger als Männer in Unterschlupfmöglichkeiten bei Freunden und Bekannten mit, als dass sie sich in Einrichtungen der Wohnungsnotfallhilfe aufhalten. Sichere Plätze für (junge) Frauen in Unterkünften für Frauen sind in der Regel kommunal zu wenig vorhanden. Für das Mitwohnen erbringen sie Gegenleistungen, Hilfe im Haushalt oder Sex. Sexualisierte Gewalt, Entwertung und Übergriffe im Leben von Mädchen und (jungen) Frauen sind häufig Gründe für das Weggehen aus den familiären Zusammenhängen und die Inanspruchnahme von Erziehungshilfen. Sie sind gleichzeitig aber auch Teil des Lebens »auf der Straße« und nicht zuletzt auch Teil des Lebens in den gemischtgeschlechtlichen Einrichtungen der Wohnungsnotfallhilfe. Gewalterfahrungen und Gewaltverhältnisse sind stille Begleiter, die in ihrer Alltäglichkeit von den jungen Frauen selbst bagatellisiert und verdeckt werden (müssen) und die gleichzeitig ausgesprochen und anvertraut werden wollen (Steckelberg 2010).

Darüber, warum junge Frauen mit zunehmendem Alter aus dem Blick der Hilfen verschwinden und damit auch aus den geführten Statistiken, ist wenig bekannt. Landläufig wird in der Praxis davon ausgegangen, dass »sie die Kurve bekommen haben« und dass junge Frauen tendenziell mehr Ressourcen haben, um sich aus prekären Situationen herauszulösen. Doch ist dies wirklich positiv zu bewerten oder münden junge Frauen in andere, wiederum verdeckte, gewaltförmige und prekäre Lebenssituationen ein? Vielleicht handelt es sich hier mehr um Schönrederei und Wegschauen als um Erfolge. Studien, in denen junge wohnungslose Frauen über mehrere Jahre begleitet und nach ihren Sinnstrukturen und Lebensqualitäten gefragt wird, liegen nicht vor.

4. Alleine gelassen? Junge Frauen zwischen den Hilfesystemen

Aktuelle Studien geben an, dass circa 80 000 sozial benachteiligte junge Menschen, häufig ohne Schulabschluss, entkoppelt von Hilfesystemen leben (Mörling et al. 2015). Auch hier ist nicht bekannt, wie dies qualitativ und quantitativ im Geschlechterverhältnis einzuordnen ist, wann und warum junge Frauen »aus den Netzen« fallen. Praktiker_innen der Wohnungsnotfallhilfe schätzen, dass circa die Hälfte der jungen Frauen direkt aus dem Elternhaus kommt, die andere Hälfte hat eine längere »Erziehungshilfekarriere« hinter sich, fand dort keinen »guten« Ort oder hat die Hochschwelligkeit der HzE-Angebote nicht als aushaltbar und passend erlebt. Junge Frauen, auch das ist seit Jahrzehnten belegt, halten in der Regel Herabwürdigung, sklavenhaltungsähnliche Situationen, Schläge etc. in der Familie lange aus, flüchten dann, wenn es zu unerträglich wird und kommen in der Szene der verdeckten Wohnungslosigkeit unter. Nicht selten haben sie zuvor mehrmals beim Jugendamt auf ihre Situation aufmerksam gemacht, ohne dass sich eine Verbesserung der familiären Situation oder eine Alternative zum Leben in der Familie ergeben hat. Mädchen und junge Frauen gehen in (verdeckte) Wohnungslosigkeit als Folge ausstoßender Familiensysteme, in die sie gleichsam viel investiert hatten (vgl. bereits Hartwig und Kriener 2007).



Lebenssituationen von Mädchen und jungen Frauen, ihre Hilferufe und ihre Leistungen für das Familiensystem werden innerhalb des Jugendhilfesystems nach wie vor tendenziell »übersehen« bzw. die Care-Leistungen der jungen Frauen in Kauf genommen. Statistisch sprechen Daten hierzu seit Jahrzehnten eine eindeutige Sprache: Mädchen/junge Frauen erhalten nach wie vor weniger und tendenziell später Erziehungshilfen als Jungen und häufiger stationäre Hilfen (vgl. <http://hzemonitor.akjstat.tu-dortmund.de/2-inanspruchnahme/22-hilfen-zur-erziehung-die-bedeutung-von-alter-und-geschlecht/>). Die Dauer der Hilfe bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres ist damit eingekürzt. Zugänge für Mädchen und junge Frauen zu Hilfen sind also auch aufgrund der nach wie vor dominanten Wahrnehmungsmuster der Jugendhilfe (Ausrichtung auf »Aufälligkeit« bzw. Störung) und aufgrund fehlender niederschwelliger Ansätze erschwert.

5. Empfehlungen

5.1 Empfehlungen für die Jugendsozialarbeit

1. (Wieder) mehr Aufmerksamkeit für prekäre Lebenslagen und soziale Ungleichheit

Verschiedene Studien zeigen auf, dass sich die Spanne zwischen chancenreichen, gut ausgebildeten jungen Menschen einerseits und »abgehängten«, entkoppelten Jugendlichen andererseits zunehmend größer wird. Dieser Befund ist kein »geschlechtsloser«. In der Mädchenarbeit und der (fachpolitischen) Netzwerkarbeit der Mädchenarbeit ist eine »Rückbesinnung neuer Art« notwendig, dergestalt, dass prekäre Lebenslagen und Exklusions- bzw. Verarmungsprozesse im Kontext sozialer Lagen wieder stärker in den Blick geraten und als solche politisiert werden. War in den 1980er Jahren die feministische Mädchenarbeit davon weggegangen, Mädchenarbeit gerade nicht primär für benachteiligte Mädchen und junge Frauen anzubieten (Mädchenarbeit für alle Mädchen und in allen Handlungsfeldern), ist es an der Zeit, »wieder einen Fokus auf strukturell benachteiligte Mädchen zu setzen, um ihnen Ort und Stimme zu ermöglichen« (Wallner 2014, 51).

2. Fachlichkeit sichern für »Aufdeckungsarbeit«

In der Jugendsozialarbeit müssen geschlechtsspezifisch ausgeformte Bewältigungsweisen von jungen Frauen und Männern verstanden und diesbezüglich »Aufdeckungsarbeit« geleistet werden. Als Konsequenz daraus muss eine Fachlichkeit vorhanden sein, die ein Verständnis von verdeckten Benachteiligungsstrukturen und Übergangeneiten in Lebenssituationen von Mädchen/jungen Frauen und jungen Männern inhärent ist und die entsprechend keinen Trugbildern aufsitzt. Diese Fachlichkeit ist über fortlaufende Fortbildungen zu sichern.

3. Reflexivität im institutionellen Handeln

Analysen zur institutionellen Benachteiligung in der Jugendhilfe entlang der Kategorie Geschlecht (»Doppelte Benachteiligung«, Auffälligkeit der Unauffälligkeit etc.) sind weitgehend eingeschlafen. Der Diskurs darüber, wie die Geschlechterfolie verdeckt in Hilfebedarfe und Hilfestellung eingelassen ist, ist immer weniger Bestandteil reflexiver Praxis. In der Jugendsozialarbeit und den Hilfen zur Erziehung müssen wieder mehr die Eingelassenheit der Wirkmächtigkeit von Geschlecht und entsprechenden Zuschreibungen analysiert werden.

4. Jugendsozialarbeit muss eigene Ausblendungen in den fachpolitischen Anstrengungen auflösen.

Wenn fachpolitisch mit dem Ziel der Stärkung der Jugendsozialarbeit agiert wird, dann ist auch Mädchensozialarbeit und deren Stärkung zu thematisieren.

5.2 Empfehlungen für Forschung und Politik

1. Berichterstattung und Planungsprozesse

Die Ausblendungen der Kategorie Geschlecht als Strukturkategorie in der Bundesberichterstattung sowie auf den Ebenen der Länder und der Kommunen müssen als solche thematisiert und Planungsprozesse sowie Berichterstattungen um Datensätze/Indikatoren ersetzt werden, die sowohl quantitativ Entwicklungen bezüglich der Ordnungswirkungen von Geschlecht sichtbar machen als auch qualitative Analysen daraus ableiten können.

2. Bestandsaufnahme in Auftrag geben

Bestand und Entwicklungen in der Mädchensozialarbeit werden seit Jahrzehnten nicht mehr systematisch erhoben. Eine solch angelegte Forschung auf Bundesebene wäre jedoch eine Grundlage, auf der die Vielfalt der entwickelten Ansätze sichtbar werden würden, das Selbstverständnis differenziert herausgearbeitet werden könnte.

3. Forschung zu Bewältigungsweisen von Mädchen und jungen Frauen in prekären Lebenslagen aktivieren und stärken

Forschung zu Mädchen in Wohnungslosigkeit und Prostitution, zu früher Schwangerschaft, Abbrüchen und zum Verschwinden von Mädchen aus den Hilfesystemen sind weitgehend »eingeschlafen«. Damit bestehen keine neueren Erkenntnisse dazu, welche Verwehungen sich in diesen Biografien bündeln, welche Strategien Mädchen und jungen Frauen wählen und welche verwehrten Zugänge durch die Institutionen damit einhergehen. Diese Lücken gilt es auf dem Weg zu einer starken Jugendsozialarbeit und einer mit ihr verbundenen Praxisforschung zu füllen.

Prof. Dr. Claudia Daigler, Professorin für Integrationshilfen und Übergänge in Ausbildung und Arbeit an der Hochschule Esslingen und Mitbegründerin der BAG Mädchenpolitik.

Literatur

- BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT KATHOLISCHE JUGENDSOZIALARBEIT 2018. Monitor Jugendarmut 2018. Düsseldorf
- DAIGLER, CLAUDIA 2019. Verdeckte Verhältnisse – Prekäres Wohnen von jungen Frauen zwischen Jugendhilfe, Mitwohnen und Wohnungsnotfallhilfe. In: Forum Erziehungshilfen, 25. Jg., Heft 1, im Erscheinen.
- DAIGLER, CLAUDIA 2017. »Ich bin doch nicht benachteiligt!« Mädchen und junge Frauen als Adressatinnen von Jugendsozialarbeit«. In: BAG Ev. Jugendsozialarbeit (Hrsg.), Dringend! Zwingend! Notwendig! Mädchensozialarbeit braucht Stärkung. Themenheft 1/2017. Stuttgart. S. 8–13.
- HARTWIG, LUISE; KRIENER, MARTINA 2007. Mädchengerechte Hilfeplanung und Familialisierung der Jugendhilfe: ein Widerspruch? In: Forum Erziehungshilfen, 13. Jg., Heft 4, S. 202–206.
- HENNIGER, SABINE; ALEX, SUSANNE 2013. Junge Wohnungslose zwischen den Hilfesystemen – Erfahrungen aus einer Beratungsstelle. In: Forum Erziehungshilfen, 19. Jg., Heft 1, S. 26–30.
- ROSENKE, WERENA 2017. Frauen. In BAG Wohnungslosenhilfe e.V. (Hrsg.) Handbuch der Hilfen in Wohnungsnotfällen. Berlin, S. 301–323.
- MÖGLING, TATJANA et al. 2015. Entkoppelt vom System. Düsseldorf
- STECKELBERG, CLAUDIA 2010. Zwischen Ausschluss und Anerkennung. Lebenswelten wohnungsloser Mädchen und junger Frauen. VS Verlag.
- WALLNER, CLAUDIA 2014. »Es ist noch lange nicht vorbei! Gute Gründe für Mädchenarbeit in Zeiten vermeintlicher Gleichstellung«. In: Evelyn Kauffenstein und Brigitte Vollmer-Schubert (Hrsg.) Mädchenarbeit im Wandel. Bleibt alles anders? Weinheim und Basel: Beltz Juventa. S. 42–53.
- WEBER, MONIKA 2001. Lebensort Straße, Geschlecht: weiblich. Erkenntnisse der Jugend(hilfe) – und Frauenforschung. In Retza/Weber (Hrsg.). Mädchen auf der Straße – im Blick von Jugendhilfe, Forschung und Mädchenarbeit. IGFH, Frankfurt, S. 41–76.

Prof. Dr. Christiane Leidinger Anschlussfähig – eine antifeministische Kampagne zu Gewalt gegen Frauen von extrem rechts¹ Feminismus und Antifeminismus

Über den aktuellen Antifeminismus² als gesellschaftliches Phänomen nachzudenken, setzt voraus, zunächst einmal darüber zu sprechen, was unter Feminismus verstanden wird. Die erste und wichtigste Antwort, die man auf diese Frage geben muss, lautet: Es gibt nicht *den* Feminismus. Feminismus hat stets aus sehr unterschiedlichen Strömungen bestanden, was auch für die Frauenbewegung gilt. Es wäre daher präziser von Feminismus im Plural zu sprechen, von Feminismen und von Frauenbewegungen.

Die zweite wichtige Antwort lautet: Es gibt keine Instanz, die sich gleichsam jährlich trifft und dann festlegen würde, was unter Feminismus zu verstehen ist. Und die dritte Antwort muss sich mit dem Verhältnis von Feminismus und Frauenbewegung befassen: Feminismus und Frauenbewegung gehören historisch wie gegenwärtig untrennbar zusammen. Dabei kann Feminismus als Oberbegriff von feministischen (Forschungs-)Theorien *und* Praxen verstanden werden³ oder aber als (Forschungs-)Theorie – und die soziale Bewegung – also die Frauen- und Lesbenbewegung – als politische Praxis.

Die Bewegung war es, aus der heraus die ersten feministischen Texte, also feministische Wissensbildungen zu verschiedenen Themen entstanden sind. Aber nicht alle, die sich positiv auf Feminismus als Theorie(n) beziehen, verstanden oder verstehen sich als Teil der Frauen- und Lesbenbewegung⁴. Dazu ist wichtig, sich Folgendes klar zu machen: Die Frauenbewegung basiert wie alle sozialen Bewegungen nicht auf einer formellen Mitgliedschaft, wie es sie etwa bei einem Verein gibt. Stattdessen speisen sich soziale Bewegungen aus einem Gefühl von Zugehörigkeit, die sich unterschiedlich ausdrücken und sich im Laufe eines Lebens verändern kann.

Historisch betrachtet sind weder Feminismus noch Antifeminismus neu.⁵ Und wie in der Vergangenheit reagieren auch die derzeitigen und seit dem Jahr 2006⁶ verstärkt auftretenden, teils kampagnenartigen antifeministischen Anwürfe – nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland – auf gesellschaftliche

Veränderungen und feministische Errungenschaften.⁷ Die Angriffe sind ärgerlich, bitter und politisch beklemmend, sie sind bedrohlich und teilweise gewaltförmig: Es gibt Vergewaltigungs- und Morddrohungen. Gleichzeitig spiegeln sich in den Angriffen erkämpfte Erfolge für die Gleichheit von Menschen, ein Mehr an Selbstbestimmung, für Gerechtigkeit und Freiheit.

Nach dieser knappen Einordnung möchte ich eine von vielen Definitionen von Feminismus vorstellen, eine, die ich selbst vertrete: ein weitreichendes, allgemein herrschaftskritisches Verständnis von Feminismus, also eines, das ›nicht nur‹ Geschlechterverhältnisse und Sexismus im Blick hat, sondern sich mehrdimensional und intersektional auch kritisch etwa auf Ableism/Behindertenfeindlichkeit⁸, auf Antisemitismus, Heteronormativität, Heterosexismus, auf Kapitalismus, Klassismus und Rassismus bezieht.

Als bedeutsames, da kollektiv entwickeltes Beispiel für ein solches Verständnis verweise ich auf den vielgelesenen Sammelband »Feminismus und Kritik« von 1989, den die österreichischen Philosophinnen Elisabeth List und Herlinde Studer herausgegeben haben.⁹ List stützt sich ihrerseits auf eine Definition von 1984, die unter Anderem von politisch bewegten Feministinnen aus der BRD während des 2. Internationalen und Interdisziplinären Frauenkongresses in Groningen, an dem Frauen* aus 41 Ländern teilnahmen, formuliert wurde:

»Feminismus wird hier als eine politische Perspektive und Position verstanden, die wesentlich an zwei Zielen orientiert ist: (1) Gleichheit, Würde und Entscheidungsfreiheit für Frauen auf der Basis der Kontrolle der Frauen über ihr eigenes Leben und ihren Körper, innerhalb wie außerhalb des Hauses. (2) Beseitigung aller Formen von Unterdrückung durch die Schaffung einer gerechteren, sozialen und ökonomischen Ordnung, national und international.« Ausgehend von diesem Verständnis wird Feminismus als »transformative Politik« bezeichnet. Das meint eine Politik, die auf grundlegende individuelle und gesellschaftliche Veränderungen zielt und »jede Form von Unterdrückung« überwinden möchte. Weiter heißt es: »Der Feminismus ist so gesehen eine Weltanschauung, die sich auf alle Probleme bezieht und nicht auf einen Spezialkatalog von ›Frauenproblemen‹ reduziert ist.«

Soweit die Vorstellung eines weiten und allgemein herrschaftskritischen Verständnisses von Feminismus.¹⁰ Vor diesem kurzen Einblick und Hintergrund möchte ich aus anhaltend aktuellem Anlass auf eine Kampagne aufmerksam machen, die im Kern rassistisch und nationalistisch ist und die darüber hinaus – wie ich argumentieren werde – zugleich antifeministisch ist. Antifeminismus hat viele verschiedene Gestalten angenommen. Die Inhalte dieser Kampagne können als eine der neuen Ausprägungen des gegenwärtigen Antifeminismus verstanden werden. Es ist eine Initiative, mit der gerade Sozialarbeiter*innen,



Sozialpädagog*innen und Politische Bildungsarbeiter*innen sowie Lehrer*innen¹¹ zu tun haben könnten oder vielleicht ja bereits zu tun hatten.

Extrem rechte Kampagne im Umfeld der sogenannten »Identitären Bewegung«

Die Kampagne umfasst Online- und Offline-Aktivitäten und greift ein feministisches Thema sowie dazugehörige politische Slogans, also Perspektiven aus der Frauen- und Lesbenbewegung auf, versucht diese zu vereinnahmen und pervertieren, verdreht also größtenteils deren eigentliche Ausrichtung. Die Kampagne widmet sich dem Themenkomplex Gewalt gegen Frauen und kann der extrem rechten Szene zugeordnet werden – konkret der »Identitären Bewegung«, kurz IB bzw. für die Bundesrepublik IBD genannt.

Die »Identitären« sind aus bewegungsforscherischer Perspektive (zumindest bislang) kaum als eigenständige soziale Bewegung zu bezeichnen. Allerdings ist die Organisation Teil der organisierten extremen Rechten in Deutschland und Europa.¹² Denn die Identitären agieren europäisch. Entstanden ist die IB 2003 in Frankreich.¹³ In Österreich ist die Gruppierung seit 2012 aktiv, in Deutschland startete sie im selben Jahr als Facebook-Gruppe; ein eingetragener Verein ist die IB in Deutschland seit 2014. Die Organisation wurde vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall eingestuft und seit 2016 beobachtet. Ein zentraler ideologischer Kern der IB ist der sogenannte »Ethnopluralismus«, eine Vorstellung, die einen kulturellen Rassismus propagiert, »wonach kulturell homogene Räume und Nationen geschaffen werden sollen«,¹⁴ die vor ›Vermischungen‹ und ›Bedrohungen‹ zu ›schützen‹ seien. Mit Strömungen in der AfD, der NPD und anderen extrem rechten Gruppierungen teilt die IB die Idee

des sogenannten »großen Austauschs«¹⁵: Durch Flucht und Migration werde – so die rassistische Verschwörungstheorie – die »angestammte« europäische Bevölkerung durch Nicht-europäische ausgetauscht. Die IB ist – nicht nur in Deutschland – mit nur wenigen AktivistInnen, zumeist, aber nicht nur mit Männern öffentlich sichtbar; die Größe der AnhängerInnenschaft ist jedoch unklar.¹⁶ Soweit kurz und kompakt zur IB.

Der Titel der extrem rechten Kampagne ist naheliegenderweise bereits Teil ihres Programms. Aber – und das ist sicherlich kein Zufall – der Titel lässt die Kampagne nicht unmittelbar als politisch rechts erkennen: Die Kampagne heißt »#120dB«. Was hat es mit diesem Titel auf sich? 120 Dezibel entspricht der Lautstärke eines kleinen Taschenalarms, der auf Knopfdruck ein akustisches Signal abgibt. Und diese Lautstärke soll gewissermaßen die zwei Stoßrichtungen der Kampagne illustrieren: Der Alarm in der Stärke von 120 Dezibel steht symbolisch für Bedrohung von Frauen durch Gewalt – in Klammern von mir: ausschließlich im öffentlichen Raum und von »spezifischen« Tätern – und der Alarm steht für das Laut-Werden von Frauen gegen diese Bedrohung. Das klingt an sich erst einmal sehr gut und ist fraglos auch nicht falsch: Frauen werden im öffentlichen Raum Opfer von gewalttätigen Übergriffen – und: Frauen sind immer noch oftmals zu leise, wenn sie ihre Interessen vertreten. Aber schauen wir uns die Initiative genauer an.

Acht Kampagnen-Elemente, ergänzende Aktivitäten und Akteurinnen

Die Kampagne #120db startete Ende Januar 2018 und bestand, von dem was sich »von außen« recherchieren lässt, aus zunächst sieben, inzwischen aus acht Elementen: 1. eine Kampagnenwebsite, in der 2. als zentrales Tool ein kurzes Video eingebettet ist, das zudem im Internet auf weiteren Seiten ansehbar ist, 3. ein ebenfalls gleichnamiger Twitter-Hashtag, 4. eine entsprechende facebook-Seite, 5. Instagram (spätestens seit 2/2019 nicht mehr in Betrieb), 6. ein abonnierbarer Newsletter und zwar insbesondere, um auf dem Laufenden zu bleiben für das 7. Element, die politischen Aktionen von Aktivistinnen der Kampagne im öffentlichen Raum – bislang nachweislich in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien. Seit Anfang Dezember 2018 gehört 8. ein eigener Telegram-Kanal dazu. Telegram ist eine Messenger-App, die es ermöglicht, gleichzeitig Nachrichten an eine unbegrenzte Zahl von Kanal-Mitgliedern zu verschicken und als absendende Person den Namen des Kanals zu nutzen, also persönlich anonym zu bleiben.

Diese acht Elemente plus ergänzende Aktivitäten¹⁷ sind der Grund, weshalb auch aus einer wissenschaftlichen Perspektive tatsächlich von einer Kampagne gesprochen werden kann und muss. Denn hier zeigt sich eine inhaltlich-thematische und organisatorische Zusammengehörigkeit.¹⁸

Wer trägt die Kampagne? In der Selbstbeschreibung auf der Website heißt es: »Wir sind ein Kollektiv von Frauen aus dem gesamten deutschsprachigen Raum« (...) Mit 120dB wollen wir eine *überparteiliche Kampagne* initiieren« (Herv. cl). Das ist insofern irreführend, da »überparteilich« suggeriert, hier würden Frauen, die sich politisch verschiedenen Parteien zugehörig fühlen oder solchen angehören, gemeinsam aktiv werden. Es sei denn, es sind neben Parteien wie AfD, NPD, Die Rechte, DVU, Republikaner und III. Weg gemeint, also extreme Rechte.



Außerdem fehlt eine, um nicht zu sagen: die zentrale Information, die für eine Einschätzung der Motivation hinsichtlich der Videoinhalte wichtig wäre, also wer hinter der Kampagne steckt – und damit zumindest die Nähe zur IB.¹⁹ In dem Kampagnen-Video heißt es, 120dezipel sei der Name »unserer Widerstandsinitiative von Frauen für Frauen«. Entsprechend sind Männer nicht aktiv – oder zumindest nicht *sichtbar* aktiv.

In dem Video kommen insgesamt 11 Frauen zu Wort, eine weitere wirbt zudem mit einem Porträtfoto zentral für die Kampagne (Veränderung in 2/2019).

Mindestens sieben dieser und weiterer auf der Kampagnenseite abgebildeten sowie im Zuge dessen interviewten Frauen lassen sich direkt der extrem rechten Szene zuordnen²⁰: Sie sind teils nachweislich umtriebige Aktivistinnen der sogenannten Identitären Bewegung aus Deutschland und Österreich. Die Frauen in dem Video sind dem Augenschein nach – bis auf eine Ausnahme – sehr jung, etwa Anfang zwanzig. Laut Eigenaussage in einem Interview war die Jüngste – und nebenbei sehr eloquente – Aktivistin erst 18 Jahre jung. Die Älteste könnte Mitte 30 sein.²¹

Vier inhaltliche Essentials des Videos und damit verbundene Behauptungen

Der Inhalt des kurzen, rund dreieinhalb minütigen Videos lässt sich auf vier Essentials komprimieren. Innerhalb dieser vier Essentials werden verschiedene Setzungen von den Macherinnen (und Machern?) vorgenommen.

Die erste Behauptung lautet: Frauen seien im öffentlichen Raum permanenter und gestiegener Bedrohung durch Gewalt und auch konkreten Formen von Gewalt ausgesetzt. Damit werden Ängste geschürt.

Beispiel-Zitat: »Die Täter lauern überall.« Es folgt eine Aufzählung von »wenn wir im Park joggen gehen« bis »wenn wir an der Bushaltestelle warten«.

Die zweite aufgestellte Behauptung lautet: Die Ursache für diese Bedrohung bzw. Gewalt liege in der Migrations- und Asylpolitik und die Gewalt gehe von migrantischen bzw. geflüchteten Männern aus. Mit dieser politischen Verantwortungszuschreibung wird auch suggeriert, dass die jeweilige Gewalttat hätte verhindert werden können. Zudem handelt es sich bei dieser Behauptung um Zuschreibungen von Fremd- und Andersheit: So werden beispielsweise Männer of Color als per se nicht-deutsch adressiert und damit afro-deutschen Männern die Existenz abgesprochen.

Beispiel-Zitat: »Wir sind nicht sicher, weil ihr uns nicht schützt. Weil ihr euch weigert, unsere Grenzen zu sichern.« Und weiter heißt es: »Wegen Eurer Zuwanderungspolitik stehen wir bald einer Mehrheit aus jungen Männern aus archaischen, frauenfeindlichen²² Gesellschaften gegenüber.«

Beide Behauptungen werden – im Rahmen der Kampagne – in einem Begriff zusammengeführt: Die Rede ist von »importierter Gewalt«,²³ Synonym zu »importierter Gewalt« ist von »Ausländerkriminalität« die Rede und in weiterführenden Interviews von »migrantischer Gewalt«.

Die dritte Behauptung lautet: Über Gewalt, die von Migranten ausgehe, werde in der Öffentlichkeit geschwiegen, mehr noch, es werde zensiert.²⁴ Daraus wird abgeleitet, dass die Kampagne dazu dient, die Opfer dieser Gewalt in Erinnerung rufen zu müssen.

Beispiel-Zitat: »weil ihr lieber jede Kritik an Euch zensiert (also der Zuwanderungspolitik, cl), als uns ernst zu nehmen«. Und weiter: »Wir erinnern uns an

jede Vergewaltigte, Missbrauchte, Ermordete und Vergessene. (...) Wir werden sie Euch und allen ins Gedächtnis rufen. (...) Wir sind die Erinnerung an die Opfer«.

Die vierte Behauptung: Der Staat schütze nicht vor dieser Gewalt, mehr noch, die »Zuwanderungspolitik« habe diese Bedrohung und Gewalt gegen Frauen billigend in Kauf genommen, weshalb Frauen selbst aktiv werden müssten. Entsprechend werden Frauen nachdrücklich eingeladen, sich zu beteiligen.

Beispiel-Zitat: »Mütter, Frauen, Töchter Europas, dieser Staat wird Euch nicht schützen. Niemand weiß, wer von uns die Nächste ist. Nimm Dein Schicksal selbst in die Hand.«

Konkret werden Frauen über das Video – und über die Website – aufgefordert, den Hashtag zu nutzen und Erfahrungen von Übergriffen über den Kurznachrichtendienst Twitter zu teilen.

Beispiel-Zitat: »Erzähl in den sozialen Medien unter dem Hashtag 120 Dezibel Deine Erfahrungen als Frau mit Überfremdung, Belästigung und Gewalt.« Und Weiter heißt es: »Ich will, dass Du aktiv wirst (...) werde Teil unserer Bewegung«.²⁵

Nebenbei gesagt: Der Aufruf zum Twittern ist ins Leere gelaufen.²⁶ Aber: Der Hashtag an sich wird genutzt – insbesondere von deutschen und britischen Rechten (Stand 1/2019).²⁷

Soweit zu den vier inhaltlichen Essentials des Videos. Kommen wir zu einer weiterführenden Einschätzung und Einordnung.

Novum: Aktivismus von Frauen für Frauen mit vierfacher Mobilisierungsfunktion auf zwei Ebenen

Die Kampagne #120db – und insbesondere das Video – dient zentral der politischen Mobilisierung und zwar auf zwei Ebenen: als rechte Binnenmobilisierung und als Mobilisierung im »Außen«. Über das Instrument des Themas sexualisierte Gewalt gegen Frauen soll für rassistische Ziele und die »Identitäre Bewegung« mobilisiert werden. Die Hauptzielgruppe sind *weiße* Frauen. D.h. nicht nur die politisch rechten Aktivistinnen, sondern auch die zentrale Zielgruppe sind – und das ist ein Novum in der Geschichte der »Identitären«

und meines Wissens auch etwas gänzlich Neues in der Historie der extrem rechten Bewegung bzw. Organisation überhaupt – erstmals ausdrücklich und exklusiv Frauen, *weiße* Frauen. Denn wichtig ist hierbei zu differenzieren: Der Ring Nationaler Frauen der NPD oder der nicht mehr existente Mädelsbund Thüringen sind Beispiele für Selbstorganisation von extrem rechten Frauen.²⁸ Bei #120db handelt es sich jedoch über Selbstorganisation hinaus ausdrücklich um extrem rechten Aktivismus von Frauen und für (*weiße*) Frauen.²⁹

Allerdings: Dieser Frauen-Aktivismus schließt das, was ich Nebenbei-Mobilisierung von rechtsextremen Männern nenne, keineswegs aus. Im Gegenteil: Im rechtsideologischen Weltbild fühlen sich in dem konstruierten Bedrohungsszenario zentral auch Männer angesprochen, die ›ihre‹, sprich *weißen*, deutschen, patriotischen hier spezifisch europäischen Frauen vor Gewalt durch ›fremde‹ Männer beschützen³⁰ ›wollen‹ und gleichsam müssen.³¹ Zentral gezielt wird aber – Stichwort Binnenmobilisierung – einerseits auf rechtsextreme Frauen und andererseits auf solche, die nicht unbedingt politisch rechts oder rechts-extrem eingestellt sind. Bei diesem Außenmobilisierungsversuch sind wiederum zwei Zielgruppen von (vor allem *weißen*) Frauen zu unterscheiden: Mit der Kampagne werden zum einen Frauen mit (alltags-)rassistischen Einstellungen fokussiert. Zum anderen wird versucht, gezielt Frauen über Sexismus- und Gewalterfahrungen bzw. Bedrohungsängsten anzusprechen, also mit einer sensiblen und verletzlich machenden Thematik. Im besonderen Fokus stehen hier junge *weiße* Frauen, die Gewalt- oder Sexismus-Erfahrungen mit migrierten, mit muslimischen, mit geflüchteten oder afrodeutschen Männern gemacht haben – und selbstredend gibt es die, genauso wie es Sexismus- und Gewalt-Erfahrungen von (*weißen*) Frauen* mit *weiß*-deutschen Männern gibt.

Frauen könnten sich über ihre Erfahrungen zur extrem rechten Szene hinwenden, etwa weil alltagsrassistische Einstellungen vorhanden sind. Solche Einstellungen knüpfen oft an das in einer rassistischen Gesellschaft einsozialisierte und koloniale Narrativ des Mythos vom schwarzen Mann als Vergewaltiger an. Vielleicht erinnern sich manche von Ihnen und Euch daran, das rassistische Kinderspiel »Wer hat Angst vorm schwarzen Mann?« gespielt zu haben?

So etwas meine ich mit rassistischer postkolonialer Sozialisation.

Wenn Mädchen oder Frauen, die Gewalt- oder andere Sexismuserfahrungen gemacht haben, diese nicht gesellschaftlich einordnen können, ihnen ein Instrumentarium dafür fehlt, dann hat das in einem Klima von Alltagssexismus und von sekundärer Viktimisierung³² Auswirkungen. Mädchen und Frauen geben sich oft selbst die Schuld, viele schämen sich für das, was ihnen passiert ist.

Vor diesem Hintergrund ist es möglich, dass Frauen eben jenes von der Kampagne #120db offerierte Deutungsangebot einer postkolonialen Rassifizierung und Externalisierung³³ von Gewalt gegen Frauen annehmen. Diesbezüglich ergibt sich auch eine neue Frage zu den Hinwendungsmotiven und zum Einstieg in rechte Szenen. Männliche Jugendliche steigen oft über Musik ein bzw. binden sich darüber stärker.³⁴ Es bleibt noch zu untersuchen, ob Mädchen und Frauen womöglich auch über das Thema Sexismus- und spezifisch³⁵ über Gewalterfahrungen zur extremen Rechten kommen.

Da die politische Herkunft bzw. Zuordnung der Kampagne #120db in dem Video und auf der Kampagnenseite aus strategischen Gründen verschwiegen wird, kann damit jedenfalls ausgelotet werden, ob Frauen sich von der rassistischen Grundaussage angesprochen fühlen oder ansprechbar gemacht werden können. Was nicht heißt, dass frau sich dem nicht widersetzen könnte.

Das Prinzip des Ansprechens, das ich als politische Taktik verstehe, wird auch noch ganz anders genutzt, und damit möchte ich auf ein weiteres Element der Kampagne genauer eingehen: auf die von mir bereits erwähnten politischen Aktionen.

Kampagnen-Element: Politische Aktionen

Insgesamt haben die Aktivistinnen von #120db seit Kampagnenstart zu Beginn des Jahres 2018 nachweislich insgesamt 12 bzw. 13 politische Aktionen im Bundesgebiet durchgeführt; in der Mehrzahl handelte es sich dabei um Kundgebungen. Des Weiteren gab es Formen von direkten Aktionen wie In-Aktionen, konkret Go-ins, also Hinein-geh-Aktionen und Die-ins, symbolische Sterbeaktionen.³⁶ Nicht mitgezählt sind Aktionen, bei denen keine Kundgebung abgehalten wurde, sondern den einsehbaren Fotos zufolge nur Frauen im öffentlichen Raum mit Flugblättern angesprochen worden sind³⁷ oder bei denen lediglich Flyer an Orten hinterlassen wurden oder in größerem Stil Aufkleber angebracht worden sind. Auf diese – ich nenne sie, da das für die Unterscheidung hier einfacher ist, die ›kleinen‹ Aktionen – komme ich wieder zurück.

Zurück zu den gezählten 12 bzw. 13 Aktionen: Meist beteiligen sich den Fotos zufolge etwa drei bis fünf Frauen, die nicht unbedingt am Aktionsort leben, sondern die jeweils für Aktionen zusammenkommen, also offensichtlich regional sowie überregional vernetzt sind.

Die rechten Aktivistinnen starteten ihre Kampagne offline mit einem go-in auf der Berlinale: Sie versuchten eine Podiumsdiskussion zum Thema #metoo und

Sexismus in der Filmbranche mit einem Transparent mit der Aufschrift »Die Stimme der vergessenen Frauen« mit entsprechenden Flugblättern und 120-Dezibel-Lärm zu stören. Außerdem machten sie ein Die-in vor dem Kieler Landtag mit dem perfiden Slogan »Tote Mädchen lügen nicht«. Zwei Aktionen fanden in Augsburg statt, u.a. eine vor der Außenstelle des »Ankerzentrums« Donauwörth, eine in Dresden, eine in Düsseldorf, eine vor einem Gerichtsgebäude in Bonn und eine weitere auf dem Bonner Friedensplatz, zwei in Köln auf oder um die Domplatte, eine in Menden/St. Augustin vor einer Unterkunft für Geflüchtete und Menschen ohne festen Wohnsitz, eine auf dem Münchner Friedensengel und zuletzt (Stand 9.3.2019) fand am 20.1.2019 eine Aktion in Salzgitter vor der städtischen Verwaltung statt.³⁸

Bei der Aktion in Augsburg im Dezember machten erstmals zwei Männer mit. Auf dem Transparent fehlte auch die Angabe von der Kampagnen-Website #120dB, sodass es sein kann, dass die Aktion mit Männerbeteiligung kein Konsens unter den Aktivistinnen ist und diese nur eingeschränkt als eine 120dB-Aktion zu bewerten und damit auch nicht dazu zu zählen ist. Aber: Selbst wenn es hier zum Konflikt gekommen sein sollte: Die extrem rechte Aktionsfreude der Frauen ist leider ungebrochen: Seit November 2018 fand die Hälfte der insgesamt 12 bzw. 13 Offline-Aktionen statt. Das ist vor allem bei dem überschaubaren Kreis von bundesweiten Aktivistinnen nicht gerade wenig.³⁹

Am 8. März 2019 beteiligten sich den Fotos zufolge Aktivistinnen von #120dB und vermutlich weitere IB-Aktivistinnen an einer Aktion auf der Kölner Domplatte gegen das Recht auf Schwangerschaftsabbruch. An einem Infostand mit einem Banner »Frauenrecht?«, verteilten sie Flugblätter mit der Aufschrift »Abtreibung bis zur Geburt? Wir sagen nein!«. Ein Zusammenhang mit #120dB scheint vermieden worden zu sein. Ich zähle diese Aktion daher nicht zur Kampagne. Sie gibt jedoch Aufschluss über die Begrenztheit der Auseinandersetzung mit dem Recht auf körperliche Selbstbestimmung von Frauen durch Aktivistinnen der IB.

Gewissermaßen *quer* zu den bereits genannten acht Elementen der Kampagne steht eine *neue* Aktivität, die zwei der bereits vorhandenen Elemente – die Kampagnen-Website sowie den Facebook-Account – nutzt und die einen neuen Mobilisierungsversuch darstellt. Ich habe es erwähnt: Die verschiedenen Aufrufe⁴⁰ von #120db, unter dem Hashtag Sexismus- und Gewalt-Erfahrungen zu posten, liefen weitgehend ins Leere. Seit Jahresbeginn 2019 gibt es diese alte Idee, leicht neu gewendet: Anfang Januar wurde dazu aufgerufen, Erfahrungen über Facebook zu teilen. Der Appell lautet zynisch: »Brich Dein

Schweigen: *Du hast bereits Erfahrungen mit Merkels Lieblingen gesammelt und möchtest über dieses Erlebnis berichten?*«⁴¹ Bislang wurden nur wenige solcher Berichte geteilt, die auch via Twitter und teilweise auf der Kampagnen-Website publiziert werden.⁴² Die weitere Entwicklung dieses alt-neuen Aufrufs zum Posten von Erfahrungen bleibt abzuwarten.

Wieder zurück zum Kampagnen-Element Aktionen: Die bislang geschilderten politischen Aktionen der rechten Frauen sind durch die gewählten Orte – etwa Berlinale, Landtag, Gerichtsgebäude – sehr offenkundig primär auf mediale Aufmerksamkeit gerichtet, also auf das Ziel, das die Medien, die anlassbezogen vor Ort sind, über den Protest berichten und auf diese Weise die Kampagne und deren Inhalte weitere Verbreitung finden können.

Diese Strategie der Bilderproduktion – sehr wenige Personen und möglichst spektakulär inszeniert – findet sich wie erwähnt auch bei der IB generell. Ihre Medienstrategie ist bei #120db erfreulicherweise nicht erfolgreich; Journalist*innen haben hier wohl aus den Erfahrungen in Österreich dazugelernt und berichten nur sehr selten – und wenn, dann kritisch.

Mikromobilisierung: Ansprech- und Klebe-Aktionen

Es gibt jedoch noch eine weitere Form von politischer Aktion der 120-Dezibel-Aktivistinnen, die anders funktioniert. In Düsseldorf führte eine kleine Gruppe von Frauen auf der zentralen Einkaufsstraße »Kö«, der Königsallee eine Aktion durch: Sie verteilten am 8. März 2018, dem internationalen Frauenkampftag, Osterglocken, Tulpen und Flugblätter⁴³ zur Kampagne #120db an Passantinnen. Auf der Vorderseite des Flugblatts ist eine Aktivistin abgebildet und daneben steht u.a. »Den Opfern importierter Gewalt eine Stimme geben«. ⁴⁴ Auf der Website der Identitären NRW heißt es dazu: »Dabei sollten gezielt weibliche Passanten angesprochen werden, um diese auf die Rückentwicklung der Freiheit und Sicherheit von Frauen in Europa hinzuweisen.« Den zwei Fotos auf der IB-Website zufolge waren vielleicht zwei oder drei, maximal vier Frauen beteiligt. Selbst, wenn diese mehrere Stunden auf der Kö gestanden haben sollten, können sie damit nur eine sehr übersichtliche Anzahl an Frauen erreicht haben. Es geht dabei aber meines Erachtens auch gar nicht darum, viele zu erreichen.

Dies zeigt sich ähnlich bei Klebe-Aktionen: Im Frühjahr 2018 wurden auf dem Campus der BTU Cottbus Sticker der #120dB-Kampagne geklebt und im Som-

mer wurden mehrfach Frauentoiletten der Uni Marburg damit tapeziert. An der Uni in Bonn gab es solche Klebeaktionen in mindestens drei Gebäuden.⁴⁵ Des Weiteren wurden 2018 Flugblätter in einem Park an Bäume gehängt und auf den Boden fallen gelassen.⁴⁶ Auch hier geht es fraglos nicht um viele, die angesprochen werden sollen.

Ich nenne das, was hier versucht wird, eine Mikromobilisierung im Außen: Mobilisiert wird durch persönliche Ansprache, mit der das Verteilen von Kampagnen-Flugblättern verbunden wird. Der Aufkleber trägt neben den Internethinweisen nur die Aufschrift »Europas Töchter klagen an« und kann, vor allem, wenn er vermehrt an einer Stelle verklebt wird, Aufmerksamkeit und Interesse wecken, und führt zum Anschauen und ggf. Teilen des Videos etc. Mit Klebe-Aktionen wird auch im rechten Spektrum eine Strategie der Präsenz im öffentlichen Raum mit rassistischen Inhalten verfolgt, es geht um Markierung und Sichtbarmachung⁴⁷ – und nicht zuletzt geht es dabei um weitere Normalisierung von Rassismus.

Bislang liegt keine wissenschaftliche Untersuchung zur Rolle persönlicher Ansprache in Mobilisierungsprozessen vor, aber es liegt nahe anzunehmen, dass man eher zu einem Treffen hinget oder eher eine Website aufruft oder bei einem Newsletter anmeldet, wenn man persönlich – und damit meine ich im real life – dazu eingeladen worden ist, Material, hier rechtes Propagandamaterial in die Hand gedrückt bekommt – zumal von jungen Frauen, die alle harmloser und freundlicher kaum aussehen könnten. Genau das gehört auch zur extrem rechten Strategie: Verharmlosung von Inhalten durch den gezielten Einsatz von und Verweis auf die Beteiligung von Frauen. Hier zeigt sich einmal mehr: Mädchen und Frauen mit (extrem) rechten Einstellungen müssen ernst genommen werden. Alles andere bedeutet, selbst in eine Sexismusfalle zu laufen.

Suggestion der Kampagne #120dB

#120dB suggeriert feministisch zu sein, gleichwohl ohne den Begriff selbst zu verwenden. Die Kampagne behauptet von sich aber in Anlehnung und Enteignung der dezidiert feministischen Aktion #aufschrei der »wahre Aufschrei« gegen die »wahre Bedrohung in Europa zu sein«. In Online-Interviews, die ich auch als Schulungsmaterial der IB verstehe, heißt es, #120dB sei eine Ergänzung zu #metoo.⁴⁸

Zweifelsohne greift die Kampagne eines der wichtigsten feministischen Themen der Frauen- und Lesbenbewegung auf: das Thema sexualisierte Gewalt

gegen Frauen. Dabei nutzt die Kampagne feministische Erfahrungen und Prinzipien. Denn es geht – zumindest vordergründig – darum, Gewalt gegen Frauen sichtbar zu machen.

Es geht auch darum, dass Frauen ihr Schweigen über erlittene Gewalt brechen. Und es geht des Weiteren darum, dass Frauen sich gegen Gewalt wehren sollen – und zwar gemeinsam. Spannend wird es, wenn wir uns anschauen, was für eine Gewaltanalyse #120dB anbietet. Die Antwort lautet schlicht: Es gibt keine.

Anstelle einer Analyse von Gewalt ist die Kampagne getragen von Zuschreibungen und von Auslassungen: Zuschreibungen zu Herkunft von Tätern, Behauptungen über eine gestiegene Bedrohung; Auslassungen zu der inzwischen auch wissenschaftlich-empirisch gesättigten eindeutigen Faktenlage: Die größte Bedrohung von Gewalt für Mädchen, für Kinder und für Frauen lauert nicht beim Joggen und auch nicht an der Bushaltestelle, kurz: nicht in der Öffentlichkeit und auch nicht bei ihnen unbekanntenen Personen. Die Gefahr für Mädchen und Frauen, Opfer von Gewalt zu werden, ist nachweislich am größten im privaten Umfeld: in der Partnerschaft, in Ehe und Familie, also dort, wo man sich gemeinhin am sichersten fühlt.⁴⁹ Das Wissen um eine feministische Perspektive auf Gewalt scheint mir nicht mehr selbstverständlich zu sein.

Minimalkonsens einer feministische Gewaltanalyse

Bei (sexualisierter) Gewalt geht es um Macht, um Macht in den Geschlechterverhältnissen. Das wäre eigentlich ein eigener Vortrag und ich halte meine Ausführungen jetzt entsprechend knapp.⁵⁰ Die Unsichtbarkeit von Gewalt gegen Frauen, die durch die gesellschaftliche Tabuisierung entstanden ist, und das Abdrängen ins Private, Persönliche, führte dazu, Gewalt als individuelles Problem einzelner Frauen zu betrachten. Demgegenüber benannte die Frauen- und Lesbenbewegung der BRD seit den 1970er Jahren die gemeinsame Betroffenheit und die Erfahrung von Gewalt als das, was es war: nicht irgendetwas, was einfach blöd gelaufen ist, sondern als *Gewalt*. Und sie verdeutlichte, dass diese Gewalt Frauen trifft, weil sie Frauen sind. Dabei machte die Frauen- und Lesbenbewegung viele Formen von Sexismus, spezifisch von Gewalt und dessen Ausmaß sichtbar. Konkret analysierten Feministinnen Gewalt gegen Frauen als Machtfrage, als Machtdemonstration von Männern. Sie kamen zu dem Schluss, dass diese Demonstration von Macht durch Gewalt dazu dient, patriarchale Strukturen und hierarchische Geschlechterverhältnisse immer wieder aufs Neue herzustellen und Frauen zu kontrollieren. Gewalt wird von gesellschaftlichen Strukturen gestützt und ist in diese eingebettet. Dies

zeigt sich eindrücklich, wenn man bedenkt, dass in der BRD bis 1997, also bis vor gerade einmal zwanzig Jahren, Vergewaltigung in der Ehe kein Straftatbestand gewesen ist.⁵¹ Gewalt wird feministisch als Ausdruck struktureller Macht- und Herrschaftsverhältnisse verstanden.

Propagandavideo

Insofern stelle ich noch einmal die Frage: Gibt es einen feministischen Gehalt des Videos? Ich habe es deutlich gemacht: Es wird *ein*, um nicht zu sagen – neben dem Recht auf Schwangerschaftsabbruch und selbstbestimmte Sexualitäten – *das* feministische Thema besetzt: Gewalt gegen Frauen. Die Kampagne jedoch nutzt das Gewaltthema instrumentell, um damit manifeste rassistische Einstellungen zu repräsentieren, zu stützen, zu stärken – oder auch entsprechende Assoziationen hervorzurufen.

Des Weiteren können mit dem Video gemachte Sexismus- und Gewalt-Erfahrungen neu gerahmt und damit auch neu bewertet werden. Damit wird ein Interpretationsangebot gemacht, das mit einer feministischen Perspektive auf Gewalt bzw. einer entsprechenden Gewaltanalyse nichts zu tun hat.⁵² Mit diesem Einblick in zentrale Aspekte einer feministischer Gewaltanalyse sollte deutlich geworden sein, dass die Kampagne #120db über die Vereinnahmung feministischer Anti-Gewalt-Slogans und antisexistischer Attitüde nur vorgibt, feministisch zu sein. Am Rande sei bemerkt: Einzelne Aktivistinnen von #120db haben sich bereits dezidiert antifeministisch geäußert.⁵³ Bedeutsame rechte Online-Seiten nennen den Aktivismus von #120db dennoch explizit »neue[n] Feminismus«⁵⁴. Hier zeigt sich, wie wichtig ein emanzipatorischer, allgemein herrschaftskritischer Feminismus ist, um nicht anschlussfähig zu sein an Rassifizierungen von Gewalt.

Diese extrem rechte Besetzung und Instrumentalisierung des Themas sexualisierte Gewalt ist im Übrigen keineswegs neu.⁵⁵ Allerdings lag der zentrale Fokus bisher auf sexualisierter Gewalt gegen Kinder.⁵⁶ Seit den Übergriffen auf Frauen in der Kölner Sylvesternacht 2015/2016 sind verstärkt Frauen im Blick.

Bis hierin habe ich mich ausschließlich mit den Inhalten des Kampagnen-Videos auseinandergesetzt und mit den herauskristallisierten Essentials. Es gibt jedoch noch eine weitere Ebene: Eine *emotionale* Dimension, ganz konkret eine manipulative, die sich insbesondere in der Form und Machart des Videos und in der Kombination aus Form und Inhalt zeigt.

In der *Beeinflussungspsychologie* geht es u.a. um die Analyse dessen, wie ein Angebot, also etwa eine Ware oder hier eben ein Deutungsangebot, präsen-

tiert wird. Denn es ist möglich, einen psychologischen Rahmen zu schaffen, einen sogenannten Öffner. Im Grund genommen soll versucht werden, Aufmerksamkeit zu steuern, und zwar bevor die eigentliche Botschaft übermittelt wird. Sie können sich das mit einem Bild aus der Landwirtschaft vorstellen: Ziel ist es, das Feld gut zu bestellen, damit die Saat aufgeht. Dieses Prinzip wird fachsprachlich als »Pre-Suasion« bezeichnet.⁵⁷ Die in dem Video in Anschlag gebrachten manipulativen *Techniken aus der Beeinflussungspsychologie* lauten u.a. Identifikation, Emotionalisierung, Erzeugung physiologischer Spannung, Fokussierung, Assoziationen schaffen und damit Konstruktionen erzeugen, kurz: die Aufmerksamkeit auf einen ausgewählten Ausschnitt von Wirklichkeit lenken.⁵⁸

Wie wird dieses professionelle Campaigning umgesetzt im Kurzfilm?

Das Video beginnt mit dem von einer Aktivistin gesprochenen Satz: »Mein Name ist Mia, mein Name ist Maria, mein Name ist Ebba.« Und dieser Satz und diese Namen werden von einzelnen weiteren jungen Frauen wiederholt. Die Frauen wurden dabei jeweils in ihren Wohnungen, also im *privaten* Raum, in Großaufnahme gefilmt.

Dann folgen die Sätze: »Ich wurde in Kndl erstochen, ich wurde in Malmö vergewaltigt«. Es folgen weitere Nennungen von Städten und Gewaltformen wie Missbrauch und Mord, die für reale Fälle von Gewalt gegen Frauen stehen. Immer in der Ich-Form gesprochen. Dann wird das Identifikationsangebot explizit formuliert. Mehrere Frauen sprechen nacheinander einzeln den Satz: »Sie könnten ich sein und du könntest sie sein.«

Das dauert in dem rund dreieinhalb-Minuten-Video lang: nämlich 45 Sekunden und dann erst wird der erste rassistische Begriff eingeführt und dieser fällt auch nur nebenbei. So lange bekomme ich ein – in Anführungszeichen – neutrales Identifikationsangebot: junge Frauen in ihren privaten Wohnungen, die sehr unterschiedlich eingerichtet sind; für jeden Geschmack und für jede Ordnungs- oder Unordnungsliebe ist etwas dabei. Private Sicherheit und öffentliche Unsicherheit werden hier implizit und mit emotionalem Appell verknüpft und bis zum Pathos ausgereizt.

Es handelt sich meines Erachtens um ein extrem rechtes *Propagandavideo*, und das ist auch der Grund, weshalb ich es ausdrücklich nicht zeigen wollte, um den Inhalten gerade kein bebildertes Forum zu bieten und auch keines, was seine *manipulative* Wirkung, und sei es auch nur ein wenig, entfalten kann. Denn Bilder und Begriffe bleiben mitunter sehr hartnäckig im Gedächtnis und verknüpfen sich mit anderen Bildern – nicht zuletzt mit

solchen, die wir kulturell gelernt haben, Stichworte »Vergewaltigungsmythen« und »Kolonialrassismus«.

Aber klar: Ob Sie sich das Video selbst anschauen möchten, ist Ihre Entscheidung. Wenn Sie mich fragen: Lassen Sie es. Nazis keinen Klick und keine Lebenszeit – auch nicht dreieinhalb Minuten. Es geht dabei um Manipulation. Das sollte man nicht vergessen und auch nicht unterschätzen. Sofern Sie es sich dennoch ansehen wollen und/oder pädagogisch im Rahmen von Rechtsextremismusprävention nutzen wollen, schauen sie sich die Empfehlungen zu ihrer Sicherheit – persönliche und technische – an.

Zum Schluss ist mir wichtig, Folgendes zu betonen.

Anschlussfähigkeit, Anschlüsse und »beunruhigende Nähe« – aber kein rechter Feminismus

Die Rassifizierung von Gewalt, wie es im Fachdiskurs heißt, ist *anschlussfähig* an die sogenannte gesellschaftliche Mitte. Ein *expliziter* Anschluss findet sich in der Frauenzeitschrift EMMA in einem Text von Alice Schwarzer in der Sommerausgabe 2018: »Mit dem Zuzug von Männern und Frauen aus traditionell patriarchalischen Ländern, in denen Frauen noch weitgehend rechtlos sind, importiert Deutschland seit Jahrzehnten auch ein archaisches Geschlechterverständnis.«⁵⁹ Immerhin betont Schwarzer an anderer Stelle, dass »Männergewalt (...) auch in westlichen Demokratien weiterhin ein zentrales Problem« ist.⁶⁰ Dennoch: die Formulierungen »archaisch« und »importiert«⁶¹ finden sich 1:1 im Text des 120dB-Videos und anderen Teilen der Kampagne. Die Formulierungen in EMMA *sind* der *Anschluss* der sogenannte Mitte der Gesellschaft an die extreme Rechte – und umgekehrt.

Nicht nur der Rassismus, sondern auch der *Sexismus* ist sehr anschlussfähig, wie die medialen Debatten um Gewalt- und andere Formen von Sexismus etwa im Kontext der metoo-Debatte zeigten. Jedenfalls: Wenn Mädchen* und Frauen* keine »Orte« haben, an denen sie mit ihren Sexismus-Erfahrungen gehört und ernst genommen werden, dann finden sie vielleicht Gefallen an Demonstrationen, die da so harmlos heißen wie »Mütter gegen Gewalt«, »Frauenmarsch«, »Amazonenmarsch« oder an extrem rechten Kampagnen wie #120dB der IB. Hier bekommen sie scheinbar ein Forum und eine Stimme für erlittene Gewalt und ein – vermeintliches – Erklärungsangebot. Mit Feminismus oder Frauenrechten hat diese Form des Aufgreifens des Themas Gewalt gegen Frauen nichts zu tun, gleichwohl dies 120dB-Aktivistinnen selbst bezogen auf Frauenrechte ausdrücklich anders behaupten.



Für mich gibt es spätestens seit der *Neuen Frauen-* und *Lesbenbewegung* keinen rechten Feminismus und auch keine rechten Feministinnen.⁶² Ein allgemein herrschaftskritischer und emanzipatorischer Feminismus, der auf Gleichheit, Gerechtigkeit und Freiheit gerichtet ist und extrem rechts zu sein, widerspricht sich in sich.

Die Verbreitung von Ideologien der Ungleichheit oder der Ungleichwertigkeit von Menschen, wozu die in der Kampagne #120dB getätigte Denunziation, Zuschreibung und Konstruktion von (besonderer) Gewalttätigkeit von geflüchteten oder migrierten Männern zählt, ist nicht feministisch, sondern antifeministisch. Gewalt wird nicht als Gewalt in hierarchischen Geschlechterverhältnissen, nicht als Machtfrage und nicht als gesellschaftliches Problem wahrgenommen und kritisiert, sondern pauschal und gezielt diskreditierend als eines der Migration aus bestimmten Ländern oder Regionen behauptet. Alle (strukturellen) Aspekte von Gewalt werden entnannt und gesellschaftliche Verhältnisse bleiben ausgeblendet. Das ist ebenfalls nicht feministisch, sondern *anti-feministisch*. Dennoch zeigt sich hier das, was die Rechtsextremismusexpertin Renate Bitzan so treffend »*beunruhigende Nähe*« genannt hat.⁶³

Mit anderen Worten: Wir sollten uns den Feminismus-Begriff *nicht*, und schon gar nicht unwidersprochen, von extrem rechts vereinnahmen lassen. Und wir sollten uns feministische und queer-feministische Solidarität zum gesellschaftlichen Problem von Gewalt insbesondere gegen Mädchen* und Frauen* nicht von (extrem) rechts kapern lassen.

Sicherheitsempfehlungen u.a. für das Anschauen oder Vorführen des extrem rechten Propagandavideos (in der pädagogischen Arbeit⁶⁴):

1. Video nicht allein – nicht nebenbei – nicht ohne Austausch anschauen – Link nicht verbreiten – auf verschiedene Adressierungen für den Austausch achten und ggf. safer spaces schaffen.

Gruppengrößenempfehlung: mind. 4, max. 7 Personen

Gruppenzusammensetzung: ggf. Bedürfnis nach safer spaces entlang von Zugehörigkeiten/Zuschreibungen erfragen oder auch konkrete Vorschläge machen (z.B. weiße Frauen, Mädchen of Color, muslimische Jungs oder Jungs of Color, geflüchtete Jugendliche, d.h. auch mehrere Personen für die Begleitung der Jugendlichen/jungen Erwachsenen einplanen)

Zeitrahmen: a) ideal: 2 Std.; mind. 1 Std. für Austausch und Reflexion, b) Möglichkeit mit Abstand von ein paar Tagen bis max. 1,5 Wochen nochmals 1 Std. Austausch- und Diskussion einräumen und pro-aktiv bei der Gruppe erfragen bzw. vorschlagen

Weiterverbreitung? Den **Link** zum Video/zur Kampagne **nicht** in sozialen Netzwerken oder per E-Mail teilen (auch nicht unter Kolleg*innen) und so zur weiteren (kommentarlosen) Verbreitung beitragen. Dem sozialen Umfeld **nicht** nebenbei von der Kampagne erzählen, sondern sich **Zeit dafür nehmen**, ein ›nebenbei‹ lädt dazu sein, sich ebenso nebenbei danach das Video kurz anzusehen, was dem Gegenstand nicht gerecht wird und zur Normalisierung beiträgt.

2. Vorbereitung

- Rechtsextremen Entstehungshintergrund des Videos erläutern
- Bewusstsein schärfen: Video nicht anschauen wie ein x-beliebiges Kurzvideo.
- Perspektiven für das Ansehen des Videos eröffnen: Analytische Fragestellungen anbieten, mit denen es angeschaut werden soll – verbunden mit der Bitte, sich dazu Notizen zu machen. Fragen-Stichworte könnten sein: Kameraführung? Kleidungs- und Wohnstile? Farb-Hintergründe und Ausstattung? Rassistische Formulierungen oder Perspektiven? Begriffsnutzung oder -häufigkeiten? Stimm-Nutzung? (Anregung auch für Mädchen*arbeiter*innen, die das Video ansehen).

3. Technische Sicherheitsvorkehrungen

Vor dem ersten Internetaufruf und dem Abspielen von einem Computer, Tablet, Mobilfon usw. die kostenlose (und wie ein gewöhnlicher Browser!) anwendungsfreundliche Software »Tor« für einen verschlüsselten Zugang zum Internet auf dem Gerät installieren (regelmäßige Updates notwendig – den Aufforderungen folgen).

Download: <https://www.torproject.org>

Programm öffnen, Nutzung an einem unproblematischen Video ausprobieren, Kampagnen-Video oder Webseiten aufrufen.

4. Hinweise für die Jugend- oder Erwachsenenbildungsarbeit sowie Rechtsextremismusprävention

Ist es notwendig, das Video zu zeigen? Frageanregungen vor der etwaigen Nutzung: Was möchte ich mit dem Vorführen des Videos verdeutlichen, was sich nicht mit anderem Material illustrieren lässt? Ist es für das Lernziel notwendig, das gesamte Video zu zeigen? Genügt ggf. der eingesprochene Text oder zwei ganz kurze Ausschnitte oder aber die Analyse einer politischen Aktion der Kampagne? Ist die Kampagne bereits in der Einrichtung oder der Gruppe, mit der ich arbeite, bekannt (was für eine intensivere Auseinandersetzung sprechen könnte)? Wie sind die Einbettungsmöglichkeiten der Arbeit mit dem Video? Was kann ich tun, um ein weiteres Multiplizieren der Informationen über die Kampagne zu vermeiden?

5. Diese (und ggf. weitere) Sicherheitsempfehlungen weitergeben

Prof. Dr. Christiane Leidinger, Politik- und Sozialwissenschaftlerin, Hochschule Düsseldorf

Anhang

- 1 Stark gekürzte und aktualisierte Version des Vortrags »Feminismus unter Druck durch konservative bis (extrem) rechte Strömungen«, 5. Bundesweite Fachtagung der BAG Mädchenpolitik, 25.9.2018, Bredbeck/Osterholz.
- 2 Vgl. zuletzt Sauer, Birgit: Gesellschaftstheoretische Überlegungen zum europäischen Rechtspopulismus. Zum Erklärungspotential der Kategorie Geschlecht. In: Politische Vierteljahresschrift 1/2017, S. 1–20. Lang, Juliane/Peters, Ulrich (Hrsg.): Antifeminismus in Bewegung: Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt. Hamburg: Marta Press 2018. Verloo, Mieke (Hrsg.): Varieties of Opposition to Gender Equality in Europe. London: Routledge 2018.
- 3 Vgl. Holland-Cunz, Barbara: Feminismus: Politische Kritik patriarchaler Herrschaft. In: Naumann, Fritz (Hrsg.): Handbuch politischer Theorie und Ideologien, Bd. 2. Opladen 1997, 2. überarb. Aufl. S. 363–398, hier: 364.
- 4 Vgl. z. B. Lenz, Ilse (Hrsg.): Die Neue Frauenbewegung in Deutschland. Eine Quellensammlung. Wiesbaden: VS 2008. Dennert, Gabriele/Leidinger, Christiane/Rauchut, Franziska (Hrsg.): In Bewegung bleiben. 100 Jahre Politik, Kultur und Geschichte von Lesben. Unter Mitarbeit von Stefanie Soine. Berlin: Querverlag 2007.
- 5 Vgl. z. B. zeitgenössisch Dohm, Hedwig: Die Antifeministen. Ein Buch der Verteidigung. Berlin: Dümmler 1902; wissenschaftlich: Planert, Ute: Antifeminismus im Kaiserreich. Diskurs, soziale Formation und politische Mentalität. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1998.
- 6 Vgl. Lang, Juliane: Feindbild Feminismus. Familien- und Geschlechterpolitik in der AfD. In: Grigat, Stephan (Hrsg.): AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder. Baden-Baden: Nomos 2017, S. 61–78, hier: 62f.
- 7 Dies ist nur ein Teil einer Erklärung: In den letzten Jahren konnten wir verschiedene Angriffe auf die Demokratie beobachten, ohne die die aktuellen Angriffe in der Form nicht möglich gewesen wären.
- 8 Vgl. z.B. Maskos, Rebecca. Ableism und das Ideal des autonomen Fähig-Seins in der kapitalistischen Gesellschaft. Zeitschrift für Inklusion 28.6.2015. www.inklusion-online.net/index.php/inklusion-online/article/view/277 (Abruf 4.6.2017).
- 9 List, Elisabeth: Denkverhältnisse. Feminismus als Kritik. In: List, Elisabeth/Studer, Herlinde (Hrsg.): Denkverhältnisse. Feminismus und Kritik. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1989, S. 7–34, hier: 9f.
- 10 Jüngerer Beispiel: Kurz-Scherf, Ingrid: Geschlechterdemokratie und Feminismus. Zur Notwendigkeit einer herrschaftskritischen Reformulierung eines Leitbegriffs. In: femina politica 2/2002, S. 42–51, hier v.a. 44. Vgl. Leidinger, Christiane: Zur Theorie politischer Aktionen. Eine Einführung. Münster: edition assemblage 2015, S. 20f.
- 11 Vgl. Sächsischer LT Drs. 6/16138.
- 12 Zur Debatte um kollektive Organisation und soziale Bewegung von rechts vgl. Virchow, Fabian/Langebach, Martin/Häusler, Alexander (Hrsg.): Handbuch Rechts-extremismus. Wiesbaden: Springer 2016. Bathke, Peter/Hoffstadt, Anke (Hrsg.): Die neuen Rechten in Europa. Zwischen Neoliberalismus und Rassismus. Köln: Papyrossa Verlag 2013. Virchow, Fabian: Europa als Projektionsfläche, Handlungsraum und Konfliktfeld – Die extreme Rechte als europäische Akteurin? In: Hentges, Gudrun/Platzer, Hans W./Nottbohm, Kristina (Hrsg.): Europäische Identität in der Krise? Wiesbaden: Springer VS 2017, S. 149–165.
- 13 Einführend vgl. www.belltower.news/identitaere-bewegung-2/ (Abruf 8.2.2019). Vertiefend: Bruns, Julian/Glösel, Kathrin/Strobl, Natascha: Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa. Münster: Unrast 2017, 3. aktual. u. erw. Aufl. Goetz, Judith/Sedlacek, Joseph Maria/Winkler, Alexander (Hrsg.): Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen »Identitären«. Hamburg: Marta Press 2017. Speit, Andreas (Hrsg.): Das Netzwerk der Identitären. Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten. Berlin: Christoph Links Verlag 2018. Peters, Ulrich/Meyer, Emil (Hrsg.): Identitäre Bewegung Deutschland e.V. Ideologie, Struktur, Inszenierung. Münster: Unrast 2019 (i.E.).
- 14 Redaktion Belltower.News 2018. www.belltower.news/die-verschwörungstheorie-vom-grossen-austausch-kompakt-erklart-48540/ (Abruf 8.2.2019).
- 15 Überblick ebd.
- 16 Der IB gelang es teilweise mit spektakulären Transparent-Aktionen, für die sie Greenpeace als Vorbild nahmen, erfolgreich mediale Aufmerksamkeit zu binden, etwa auf dem Brandenburger Tor im Sommer 2016 (vgl. Niedersächsischer LT Drs. 18/737, S. 4).
- 17 Interviews mit Aktivistinnen der Kampagne, teilweise als (Kader/Funktionärs-)Schulungsmaterial zu werten, Redebeiträge von Aktivistinnen bei Kundgebungen in Großbritannien, Vorträge, Demonstrationsteilnahme und Aufrufe wie zum »Frauenmarsch« am 17.2.2018 in Berlin sowie Pressearbeit (u.a. Interview mit einem ungarischen Fernsehsender, möglicherweise mit Breitbart sowie mit Russia Today). Im Frühjahr 2018 wurde die Kampagne in Großbritannien und zu Beginn des Jahres 2019 in Österreich bei größeren IB-Zusammenkünften von Aktivistinnen vorgestellt. Des Weiteren entstand eine englischsprachige Dokumentation zur Kampagne, werbende Posts finden sich in Sozialen Netzwerken und auf (extrem) rechten Youtube-Kanälen. Vor Internetaufruf s. Sicherheitshinweise »#120db (Magyar feliratt!)« <https://donotlink.it/60lk>. Außerdem besuchte bspw. eine Aktivistin eine Veranstaltung zu rechten Frauen an der Uni Bonn, wurde enttarnt und des Raumes verwiesen.
- 18 Begriffserläuterung bezogen auf emanzipatorische Kampagnen vgl. Leidinger, Theorie, 2015, S. 31f.
- 19 Diese Information wurde schnell durch gut recherchierte Berichte u.a. von belltower.news, einer Plattform der Amadeu Antonio Stiftung, am 6.2.2018 öffentlich gemacht. www.belltower.news/artikel/120db-%E2%80%93-wie-rechtsradikale-versuchen-die-sexismus-debatte-zu-kapern-13299 (Abruf 17.2.2019).
- 20 Vgl. ebd., vgl. Website. Zum Formalbildungszugang: Von einigen der Aktivistinnen ist bekannt, dass sie studieren.
- 21 Die IB hat das Thema Gewalt gegen Frauen im öffentlichen Raum durch Migranten, Geflüchtete oder Männer of Color schon früh aufgegriffen. Drei Beispiele aus dem Jahr 2016: Im August machten drei IB-Aktivistinnen aus Hamburg und Niedersachsen eine Aktion, im Oktober wurde in einer geschlechtergemischten Aktion Pfefferspray an Frauen in der Lüneburger Innenstadt verteilt. Im Dezember ging das rassistische Video »Eine Botschaft an die Frauen« mit Bezug auf die bevorstehende Sylvesternacht online, vgl. Niedersächsischer Landtag Drucksache 18/737, S. 4; Goetz, Judith: »Aber wir die wahre Natur der Geschlechter erkannt...« Geschlechterpolitiken,

- Antifeminismus und Homofeindlichkeit im Denken der ›Identitären‹. In: Goetz, Judith/Sedlacek, Joseph Maria/Winkler, Alexander (Hrsg.): *Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen ›Identitären‹*. Hamburg: Martha Press 2017, S. 253–284, hier: 266; 269f.
- 22 Auch dieser Begriff – gleichwohl sexismuskritisch – verliert durch die rassistische Kontextualisierung gleichsam seine Bedeutung und folgt nur einem schein-feministischen Framing.
- 23 Die ökonomische Vokabel lohnt einer genaueren semantischen Betrachtung: In ein Land werden Waren importiert, die das Land selbst nicht ›hat‹ – oder im Zuge der Globalisierung: Waren, die vor Ort nicht so günstig herzustellen und auf den Markt gebracht werden können.
- 24 Hier ist auf den Pressekodex (Ziffer 12) hinzuweisen. Die Richtlinie wurde nach den Übergriffen in Köln verändert. In 12.1 »Berichterstattung über Straftaten« (gültig seit 22.3.2017) heißt es: »In der Berichterstattung über Straftaten ist darauf zu achten, dass die Erwähnung der Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu ethnischen, religiösen oder anderen Minderheiten nicht zu einer diskriminierenden Verallgemeinerung individuellen Fehlverhaltens führt. Die Zugehörigkeit soll in der Regel nicht erwähnt werden, es sei denn, es besteht ein begründetes öffentliches Interesse. Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte.« www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer12diskriminierungen (Abruf 19.2.2019).
- 25 Vgl. die oben formulierte Kritik am Bewegungsbegriffs.
- 26 Dies führte zu der strittigen Einschätzung die Kampagne sei »geflopt«: Goetz, Judith: Vortrag/Buchvorstellung zu »Untergangster« bei der Amadeo Antonio Stiftung, Berlin 15.3.2018, eigene Mitschriften.
- 27 Im Zentrum der Posts stehen neben antisemitischen und geschichtsrevisionistischen Äußerungen aus verschiedenen sozialen und bürgerlichen Medien zusammengetragene Fälle von Gewalt gegen Frauen durch (junge) Männer, die rassistisch als Schwarze, Geflüchtete oder Migranten markiert werden.
- 28 Vgl. Röpke, Andrea/Speit, Andreas: *Mädelsache! Frauen in der Neonazi-Szene*. Berlin: Ch. Links 2011. Amadeu Antonio Stiftung/Fachstelle Gender und Rechtsextremismus (Hrsg.): *Rechtsextreme Frauen – übersehen und unterschätzt. Analysen und Handlungsempfehlungen*. Berlin, aktual. Aufl. 2015. Download: <http://gender-und-rechtsextremismus.de/w/files/pdfs/fachstelle/rechte-frauen21.04-1.pdf>. Lehnert, Esther/Radvan, Heike: *Rechtsextreme Frauen – Analysen und Handlungsempfehlungen für Soziale Arbeit und Pädagogik*. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich 2016.
- 29 Damit wird auch Empowerment von/unter Frauen zum Thema Gewalt suggeriert und Frauen empowern sich innerhalb der IB.
- 30 Vgl. z.B. Overdieck, Ulrich: *Männliche Überlegenheitsvorstellungen in der rechtsextremen Ideologie*. Bundeszentrale für politische Bildung 27.11.2014. www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/197016/maennliche-ueberlegenheitsvorstellungen-in-der-rechtsextremen-ideologie (Abruf 19.2.2019). Im Online-Shop der IB wird ein Taschenalarm mit #120dB-Aufdruck verkauft. Beworben wird er implizit mit dem Ersatz für männlichen Schutz: »Der 120-Dezibel Taschenalarm begleitet Dich, wenn es kein anderer tut.« Vor Internetaufruf, s. Sicherheitshinweise <https://donotlink.it/kLwB>.
- 31 Der Fokus auf Gewalt gegen Mädchen und Frauen durch (zugeschrieben) nicht-deutsche und/oder Schwarze Täter hat einen großen Vorteil für *weiße* (nicht nur rechte und rechtsextreme) Männer, nämlich, dass ihre eigene potentielle oder konkrete Täterschaft aus dem Blick gerät. Extrem rechte Frauen haben in der Vergangenheit durchaus versucht, sexistische Diskriminierung und Gewalt in den eigenen Reihen zu thematisieren, wie Renate Bitzan anhand von Zeitschriftenbeiträgen zeigen konnte. Vgl. Bitzan, Renate: *Selbstbilder rechter Frauen: zwischen Antisexismus und völkischem Denken*. Tübingen: Edition diskord 2000. Überblick bei Rommelspacher, Birgit: *Frauen und Männer im Rechtsextremismus – Motive, Konzepte und Rollenverständnisse*. In: Birsl, Ursula (Hrsg.): *Gender und Rechtsextremismus*. Opladen/Farmington Hills, MI: Barbara Budrich 2011, S. 43–68.
- 32 Unter sekundärer Viktimisierung werden Reaktionen des persönlichen Umfelds und der Gesellschaft verstanden, dazu zählen z.B. Mythen über Vergewaltigung.
- 33 Vgl. z.B. Leidinger, Christiane/Radvan, Heike: *Antifeminismus und Familismus von rechts*. In: Häusler, Alexander (Hrsg.): *Völkisch-autoritärer Populismus. Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD*. Hamburg: VSA 2018, S. 93–100, hier: 96.
- 34 Vgl. Elverich, Gabi/Glaser, Michaela/Schlimbach, Tabea: *Rechtsextreme Musik. Ihre Funktionen für jugendliche Hörer/innen und Antworten der pädagogischen Praxis*. Deutsches Jugendinstitut. Bd. 9. Halle 2009. Download: www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs/96_11763_Rechtsextreme_Musik_Funktionen_fuer_Jugendliche_und_paedagogische_Antworten.pdf.
- 35 Spezifisch meint, dass Gewalt gegen Frauen hier als Bestandteil von Sexismus verstanden wird, vgl. Leidinger, Christiane/Thomas, Tanja: *Sexismus*. In: Klaus, Lissi/Thomas, Tanja/Wischermann, Ulla (Hrsg.): *Feministische Theorie und Kritische Medienkulturforschung. Ausgangspunkte und Perspektiven*. Bielefeld: transcript 2019 (i.E.). Esther Lehnert hat mit Bezug auf Kirsten Döring und Renate Feldmann auf sexualisierte Gewaltverfahrungen in der Kindheit als mögliches Hinwendungsmotiv unter Schutzaspekten von Mädchen und Frauen hingewiesen. Vgl. Lehnert, Esther: *Parteiliche Mädchenarbeit und Rechtsextremismusprävention*. In: Amadeu Antonio Stiftung/Radvan, Heike (Hrsg.): *Gender und Rechtsextremismusprävention. Eine Publikation des Projektes »Lola für Lulu – Frauen für Demokratie im Landkreis Ludwigslust«*. Berlin: Metropol 2013, S. 197–210, hier: 205–208. Überblick zu geschlechterreflektierender Rechtsextremismusprävention vgl. Radvan, Heike: *Geschlechterreflektierende Rechtsextremismusprävention. Eine Leerstelle in Theorie und Praxis*. In: Amadeu Antonio Stiftung/Radvan, Heike (Hrsg.): *Gender und Rechtsextremismusprävention. Eine Publikation des Projektes »Lola für Lulu – Frauen für Demokratie im Landkreis Ludwigslust«*. Berlin: Metropol 2013, S. 9–36.
- 36 Zu diesen Aktions(unter)formen und ihren Absichten in emanzipatorischen Kontexten vgl. Leidinger 2015, S. 98; 100–102; 116.
- 37 Vgl. Fotos in der Timeline auf Facebook: Vor dem Berliner Humboldt-Forum wurden am 2.7.2018 Flyer und Pfefferspray verteilt.
- 38 Die IB startete zu Beginn des Jahres 2019 eine Aktionswoche »Keine No-Go-Areas« mit Infoständen in Innenstädten. Hierbei traten bspw. in Ulm zwei Frauen der IB in Aktion. Eine direkte Verbindung zu der Kampagne gibt es anscheinend nicht (Stand 19.2.2019).
- 39 12 bzw. 13 Aktionsorte/-daten: 1) 19.2.2018: Berlin, Berlinale; 2) 8.3.2018:

- Düsseldorf, zentrale Innenstadt; 3) 23.3.2018: Kiel, Landtag; 4) 5.5.2018: Augsburg, Innenstadt; 5) 23.8.2018: Dresden, Innenstadt; 6) 18.9.2018: Bonn, Gericht(snähe); 7) 7.10.2018: Bonn, Innenstadt; 8) 9.11.2018: Köln, Domplatte; 9) 3.12.2018: Menden, »Asyl- und Obdachlosenunterkunft«; 10) 9.12.2018: München, Friedensengel; 11) 19.12.2018: Augsburg, Außenstelle Ankerzentrum Donauwörth (Hinweis: Beteiligung von 2 Männern der IB, unklar, ob #120dB-Aktion); 12) 30.12.2018: Köln, Domplatte/Nähe sowie vor Museum Ludwig; 13) 20.1.2019: Salzgitter, Stadtverwaltung. Quellen: twitter, Facebook, Kampagnenwebsite #120dB, regionale IB-Webseiten/ Facebook/Twitter. Müllerfeldt, Hanna: AStA warnt Studenten vor Identitären in Bonn. In: Generalanzeiger 23.10.2018. www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/stadt-bonn/AStA-warnt-Studenten-vor-Identit%C3%A4ren-in-Bonn-article3965647.html (24.2.2019). In Potsdam gab es im Sommer 2018 eine Nachahmerinnen-Aktion, deren Aktive in Kontakt zu 120dB getreten sind; ein Aktionsfoto wurde auf Facebook am 23.8.2018 gepostet. Am 2.7.2018 wurden auf Facebook Fotos vom Verteilen von Flugblättern und Pfefferspray in Berlin rund um das Humboldt Forum/Museumsinsel veröffentlicht.
- 40 Nachweislich via Website und Hashtag. Eintrag zu »Erlebnisberichten« seit 3.1.2019 (Facebook), 4.1.2019 (Website).
- 41 Vor Internetaufruf s. Sicherheitshinweise <https://donotlink.it/2aLV> (Abruf 4.1.2019).
- 42 14 Vorfälle (Website, Stand 2/2019). Der erste Post ging am 27.12.2018 mit dem Bericht eines Raubüberfalls auf eine Frau (mit ihrem Foto) durch drei Männer im Münsterland online.
- 43 Diese Flugblätter sind im Online-Shop der IB bestellbar.
- 44 Des Weiteren standen sie (zumindest für ein Foto) mit einem Transparent auf dem Gehweg.
- 45 Freundliche Informationen von Hochschulkolleginnen.
- 46 6.7.2018. Ort unklar, Fotos: Facebook, Timeline.
- 47 Zur Absicht von Sichtbarmachung und Markierung bei Klebeaktionen in emanzipatorischen Kontexten vgl. Leidinger, Theorie, 2015, S. 104f.; 117.
- 48 Vor Internetaufruf s. Sicherheitshinweise »The real #metoo – Interview with #120db«. <https://donotlink.it/33IG>. »Es geht Los! Interview mit Franziska von #120db«. <https://donotlink.it/1Jl5>. »Tagesschau verleumdet #120 – Ariane reagiert«. <https://donotlink.it/aLOJ>.
- 49 Vgl. zentral die Prävalenzstudie zu Gewalt gegen Frauen: Müller, Ursula/Schröttle, Monika: Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland, Langfassung der Untersuchung. Hg. v. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin 2004. www.bmfsfj.de/blob/94200/d0576c5a115baf675b5f75e7ab2d56b0/lebenssituation-sicherheit-und-gesundheit-von-frauen-in-deutschland-data.pdf (Abruf 19.2.2019). Weitere Informationen im Überblick: bff – Der Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe, www.frauen-gegen-gewalt.de.
- 50 Vgl. z.B. Hagemann-White, Carol: Gewalt gegen Frauen als Schlüsselthema der neuen Frauenbewegung – Wirkungen und Wandel einer machttheoretischen Patriarchatskritik im Zeitalter der Veränderung staatlichen Regierens. In: Rendtorff, Barbara/Riegraf, Birgit/Mahns, Claudia (Hrsg.): 40 Jahre feministische Debatten. Resümee und Ausblick. Weinheim/Basel: Beltz Juventa 2014, S. 46–58.
- 51 Dies gilt auch für das DDR-Strafgesetzbuch.
- 52 Dies ist auch ein (noch?) bestehender Unterschied zur EMMA: Alice Schwarzer verknüpft eine feministische Perspektive auf Gewalt mit einer Rassifizierung von Täterschaft.
- 53 Vgl. den nicht mehr existenter Blog »radikal feminin« und (gleichnamiges) Facebook v.a. von »Berit Franziska«. Vor Internetaufruf s. Sicherheitshinweise <https://donotlink.it/VxZw>. Zum Antifeminismus der IB vgl. z.B. Goetz, Natur, 2017.
- 54 Z.B. rechte Website »Philosophia Perennis« von David Berger. Vor Internetaufruf s. Sicherheitshinweise <https://donotlink.it/Lay6>
- 55 Vgl. z.B. Amadeu Antonio Stiftung/Fachstelle Gender und Rechtsextremismus (Hrsg.): Instrumentalisierung des Themas sexueller Missbrauch durch Neonazis. Analysen und Handlungsempfehlungen. Berlin 2015. Download: www.gender-und-rechtsextremismus.de/was-wir-tun/neonazis-und-sexualisierte-gewalt/instrumentalisierung-des-themas-sexueller-missbrauch/.
- 56 Spätestens seit 1997 finden sich entsprechende Beispiele z.B. aus Eckernförde von einer Tagung zu Kinderpornographie. Im Jahr 2001 startete die NPD die Aktion »Nationalisten gegen Kinderschänder«. Es werden härtere Strafen, vielfach sogar die Todesstrafe gefordert. Vgl. Amadeu Antonio Stiftung/Fachstelle (Hrsg.): Instrumentalisierung, S. 19.
- 57 Cialdini, Robert: Pre-Suasion. Wie Sie bereits vor der Verhandlung gewinnen. Frankfurt/New York: Campus 2017. Cialdini, Robert B.: Psychologie des Überzeugens. Bern: Huber 2006, 4. korr. Aufl.
- 58 Vgl. Cialdini, Pre-Suasion, 2017, S. 16; 18; 20f.; 45f.; 58f.; 92; 124; 130; 164–169; 180f.; 193; 224; 226f. Erkenntnisreich wäre hier in eine weiterführende Analyse. Zusätzlich könnte dafür der Ansatz der »Rhetorik der Angst« von David L. Altheide sowie Ruth Wodak herangezogen werden. Vgl. dazu Lehner, Sabine: Rhetorik der Angst am Beispiel der »Identitären«. Zur Konstruktion von Bedrohungen, Krisen und Gefahren. In: Goetz, Judith/Sedlacek, Joseph Maria/Winkler, Alexander (Hrsg.): Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen »Identitären«. Hamburg: Marta Press 2017, S. 133–165. Vgl. zu Sprache auch Wehling, Elisabeth: Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht. Köln: Halem 2016.
- 59 Schwarzer, Alice: Kriegerische Frauen friedfertige Frauen? In: EMMA Juli/August 2018, S. 50–55, hier: 55.
- 60 Ebd.
- 61 Der Begriff »importiert« findet sich bereits 2016 in einem Interview mit Schwarzer, vgl. Mathies, Jürgen im Interview mit Alice Schwarzer. Kölner Silvesternacht: »Politische Korrektheit ist eine Form der Lüge«. In: Berliner Zeitung Online 29.12.2016. www.berliner-zeitung.de/politik/koelner-silvesternacht--politische-korrektheit-ist-eine-form-der-luege--25386786. Bei der IB taucht der Begriff ebenfalls zuvor auf: »Paula Winterfeldt« verwendet ihn in einem Redebeitrag bei der IB-Demo am 17.6.2017 in Berlin. Vor Internetaufruf s. Sicherheitshinweise »Rechtsextreme Grinsekatz« hält Brandrede auf IB Demo in Berlin«. <https://donotlink.it/XWqE>.
- 62 Das ist in der Debatte keineswegs Konsens, vgl. zuletzt Vahabzadeh, Susan im Interview mit Paula-Irene Villa: Der Reiz des rechten Feminismus. In: SZ 12.2.2018.

www.sueddeutsche.de/kultur/identitaere-bewegung-der-reiz-des-rechten-feminismus-1.3862799?reduced=true.

- 63 Bitzan, Renate: »Reinrassige Mutterschaft« versus »nationaler Feminismus« – Weiblichkeitskonstruktionen in Publikationen extrem rechter Frauen. In: Birsl, Ursula (Hrsg.): Gender und Rechtsextremismus. Opladen/Farmington Hills, MI: Barbara Budrich 2011, S. 115–127, hier: 120, Herv. cl.
- 64 Drei direkte und eine indirekte Reaktion auf die Kampagne liegen aus der Mädchen*- und Jungen*arbeit vor: HeRoes Duisburg und Hollies sowie von Fee, einer Poetry Slammerin. s. meinTestgelände, das Gender-Magazin für Jugendliche der BAG Mädchenpolitik und der BAG Jungen*arbeit:
www.meintestgelaende.de/2018/04/grrrls-voice-kommentiert-120db/
www.meintestgelaende.de/2018/06/heroes-kommentiert/
www.meintestgelaende.de/2018/05/es-gibt-dinge-die-sind-wie-sie-sind/
www.meintestgelaende.de/2018/09/68-bpm/ (Abruf 19.2.2019).



5. Fachtagung »Positionen und Perspektiven feministisch-orientierter Mädchen*arbeit«

Übersicht über die Veröffentlichungen der BAG Mädchenpolitik

Die BAG Mädchenpolitik e.V. ist seit 2002 Herausgeberin einer Schriftenreihe in der unterschiedliche mädchen*politische Themen behandelt werden. Alle

Veröffentlichungen wurden durch Mittel im Rahmen des Kinder- und Jugendplans (KJP) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) finanziert. Bisher sind Hefte mit folgenden Inhalten erschienen und stehen zum Download unter www.maedchenpolitik.de bereit.



- | | | |
|--------|------|---|
| Nr. 16 | 2018 | »Rassismuskritische Mädchen*arbeit in der Migrationsgesellschaft« |
| Nr. 15 | 2015 | »15 Jahre BAG Mädchenpolitik! Positionen und Perspektiven feministisch-orientierter Mädchenarbeit« |
| Nr. 14 | 2013 | »Mädchen und junge Frauen heute – weibliches Leben in Bewegungen« |
| Nr. 13 | 2012 | »*Mädchenrechte* – Herausforderungen und Impulse« |
| Nr. 12 | 2012 | »Mädchen leistungsstark, schlank und fit? Gesundheit und Lebenskompetenzerwerb von Mädchen und jungen Frauen« |
| Nr. 11 | 2010 | »Die Mädchen von heute sind die Frauen von morgen«
Dokumentation der Impulsvorträge der Jubiläums-Fachtagung vom Dezember 2009 sowie der Laudatio anlässlich des Jubiläums der BAG Mädchenpolitik. |
| Nr. 10 | 2009 | »10 Jahre BAG Mädchenpolitik – aktive Politik für Mädchen und Frauen« |
| Nr. 9 | 2008 | »Interkulturelle Mädchenarbeit – Eine Zukunftsaufgabe!«
(Doppelausgabe) |
| Nr. 8 | 2007 | »Perspektiven der Geschlechterpädagogik in der Diskussion« |
| Nr. 7 | 2007 | »Mädchen und Frauen im Spannungsfeld von Demokratie und rechten Ideologien« |
| Nr. 6 | 2006 | »Feministische Mädchenarbeit und Mädchenpolitik im Kontext aktueller Theorie- und Politikdiskurse« |
| Nr. 5 | 2005 | »Mädchenarbeit in der Einwanderungsgesellschaft– aktuelle Diskurse« |
| Nr. 4 | 2005 | »BAG Mädchenpolitik e.V. – ein Angebot bundesweiter mädchenpolitischer Vernetzung« |
| Nr. 3 | 2003 | »Mädchenarbeit und Mädchenpolitik in Ost und West – Wie verschieden wir uns ähnlich sind. Hüben wie drüben? Mädchenarbeit in Bewegung« |
| Nr. 2 | 2002 | »Differenz und Gleichheit – zum Verständnis pädagogischer Beziehungen, 11. Kinder- und Jugendbericht« |
| Nr. 1 | 2002 | »Netzwerke der Mädchenarbeit, BAG Mädchenpolitik e.V.: Satzung, Konzept, Mitglieder, Mädchenarbeit im Wandel« |
| | 2009 | Handlungsempfehlungen auf dem Weg zur Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit »Gleichberechtigung für Mädchen und junge Frauen« (Gefördert durch <i>filia.die frauenstiftung</i>) |

BILDNACHWEIS

Die Fotos, außer den Porträtabbildungen, entstanden im Rahmen der 5. Fachtagung *Positionen und Perspektiven feministisch-orientierter Mädchen*arbeit* im September 2018 in der Bildungsstätte Bredbeck. Fotografinnen: Katrin Schröter-Hüttich, Ursula Grzeschke

contact

Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik e.V.

bag@maedchenpolitik.de • www.maedchenpolitik.de

ISSN 1868-9655